

SzIO

obds

ÖSTERREICHISCHER
BERUFSVERBAND
DER SOZIALEN ARBEIT

Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich

A social
Europe
is possible!

EIN BERICHT

SOCIAL PROTECTION
& HUMAN DIGNITY

ifsw european conference
8.-11. September 2019
VIENNA



youunion
Die Daseinsgewerkschaft





Editorial

Lieber Leser, liebe Leserin, liebe* Leser*in,

die vorliegende Fachzeitschrift „Soziale Arbeit in Österreich“ für professionelle Sozialarbeit und professionelle Sozialpädagogik berichtet über ein weiteres Highlight des Österreichischen Berufsverbandes der Sozialen Arbeit im Jahr 2019, in dem der OBDS auch sein 100jähriges Bestehen feiert. Der OBDS wurde vor nicht allzu langer Zeit zum Ausrichten der Europatagung des IFSW ersucht und hat nach einigen Beratungsrunden die Tagung in Wien vorgeschlagen. Ausgehend vom Vorsitzenden des OBDS, Alois Pözl, der auch mit seinem Expertenwissen aus der Digitalen Welt (Stw. Homepage) die Tagung organisatorisch unterstützte, wurde die Europatagung ehrgeizig umgesetzt. Für die Programmverantwortung konnte Herbert Paulschin als Bereichsleitung Internationales im OBDS begeistert werden, der tatkräftig vom OBDS-Vorstandsmitglied Maria Moritz unterstützt wurde. Die OBDS-Kassierinnen Maria Sommeregger und Olga Zechner komplettierten gemeinsam mit dem OBDS-Büro in Wien, Büroleiterin Claudia Mehwald und Geschäftsführer Jochen Prusa, das Kernteam für die IFSW-Europakonferenz in Wien. Gemeinsam mit vielen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen wurde eine erfolgreiche Europatagung umgesetzt. Ein Dank gilt zudem den befreundeten Organisationen youunion – die Daseinsgewerkschaft, die uns auch mit den Tagungsräumlichkeiten unterstützt hat und die Arbeiterkammer Wien als Sponsoringpartner*in.

Rund um die IFSW-Europatagung fanden auch einige Vorstandssitzungen des IFSW in Wien, das Delegiertentreffen aller europäischen Berufsverbände und eine prominent besetzte Enquete „Ein soziales Europa ist möglich!“ im Wiener Rathaus statt. Abgerundet wurde das komplexe, abwechslungsreiche und äußerst spannende Programm von einem gelungenen Tagungs-Fest in Wien „auf der Schmelz“.

Neben äußerst interessanten Keynotes von international bekannten Expert*innen und der Organisation von field-visits bei zahlreichen Wiener Sozialeinrichtungen konnte auch das Department Soziales der Fachhochschule Campus Wien unter der Departmentleiterin Professorin Brigitta Zierer mit an Bord geholt werden. Ein Teil der Europatagung wurde auch mit sehr vielen, sehr unterschiedlichen Paperpresentations verdichtet, um den vielen engagierten Kolleg*innen aus der Praxis, der Ausbildung und der wissenschaftlichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik aktuelle Entwicklungen, Projekte und (Diskussions-)Themen näher zu bringen und in kommunikativen Austausch zu kommen. Mit über 500 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt, vor allem aus Europa, wurde die Ausgestaltung des Großevents wertgeschätzt.

Weitere Dokumentationen und speziell viele Fotos sind über unsere Homepage ww.obds.at oder direkt über www.ifsw2019.at abrufbar.

Viel Spaß beim Lesen der Tagungsdokumentation und beim Besuch unserer Homepage,

Mag. (FH) Jochen Prusa, MA
prusa@obds.at
Geschäftsführer obds
SiÖ – Chefredakteur



FORT- UND WEITERBILDUNG LEHRGÄNGE & SEMINARE 2019/2020

LEHRGÄNGE

SUPERVISION UND COACHING

AKADEMISCHER und MASTER-LEHRGANG - MSc

Hochschullehrgang der FH Vorarlberg

Beginn & Dauer: 9. Oktober 2019, 5 bzw. 7 Semester
Nachmeldungen noch möglich!

ORGANISATIONSBERATUNG / ORGANISATIONS- ENTWICKLUNG – MSc

Hochschullehrgang der FH Vorarlberg

Beginn & Dauer: 5. März 2020, 3 Semester

Infoveranstaltung: 8. November 2019, 18:00 Uhr

MEDIATION

Hochschullehrgang der FH Vorarlberg

Beginn & Dauer: 9. März 2020, 3 Semester

AUSGEWÄHLTE SEMINARE

Globales Wirtschaften in einer sich wandelnden Welt

Beginn: 19. Oktober 2019

Migrationssensibler Kinderschutz

Termin: 29. Oktober 2019

Transaktionsanalytische Beratung. Erlebte Wirklichkeiten verstehen und verändern

Beginn: 9. Dezember 2019

SCHLOSS HOFEN

Wissenschaft & Weiterbildung

Hofer Straße 26, 6911 Lochau, Austria

T +43 5574 4930 460

E soziales@schlosshofen.at

W www.schlosshofen.at



Inhalt



Standards

Editorial
Seite 2

Bildergalerie
ifsw 2019
Seite 4-5

Magazin
Seite 6-8

Veranstaltungen
Seite 9

Bücher - Infos
Seite 43

Schwerpunkt

IFSW - International
Federation of Social
Worker

Herbert Paulischin
Seite 10

Enquete - A social
Europe is possible!

Herbert Paulischin
Seite 11-12

Zukunfts-Aussichten
für die Soziale Arbeit

Beat Schmocker
Seite 13-16

The context of social
work in England ...

Rachel Dickinson
Seite 17-21

Unser Geld für
unsere Leut!

Mahsa Ghafari
Seite 22-23

Schwerpunkt

Ein soziales Europa ist
möglich!

Ana Radulescu
Seite 24-25

Erzähl mir was

Mag.ª Karen Meixner und
Mag.ª Monika Altenreiter
Seite 27-29

Supported and
assisted parenthood

Mag.ª Eringard Kaufmann, MSc
Seite 30-34

Positionspapier:
Soziale Arbeit und
Digitalisierung

Seite 35-36

Verlängerung/
Deregulierung der
Kinder- und Jugend-
hilfe in Österreich

Bericht von Maria Moritz
und Hans Peter Radauer
Seite 37

Schwerpunkt

Kinderarmut
abschaffen

Mag.ª[FH] Judith Ranftler, MA
Seite 38-39

Warum gibt es ein
Soziales Problem mit
Einwanderung

Nikolaus Dimmel und
Herbert Paulischin
Seite 40-42

Impressum

Soziale Arbeit in Österreich (SIÖ): Fachzeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966; Erscheinungsort 1060 Wien
Verlagspostamt 1060 Wien, Auflage: 2.500 Stück

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit - obds, A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.obds.at, ZVR: 275736079

Redaktion: Mag. [FH] Jochen Prusa, MA; DSA[®] Gabriele Hardwiger-Bartz; DSA Mag. Rudi Rögner; Lektorat: Mag.ª [FH] Theresa Luxner - ZeSa gem. GmbH; E-Mail: redaktion@obds.at

Gestaltung/Produktion/Versand: Werbeagentur Thomas Reiner • E-Mail: thomas.reiner@chello.at • Bilder & Fotos: z.V.g.

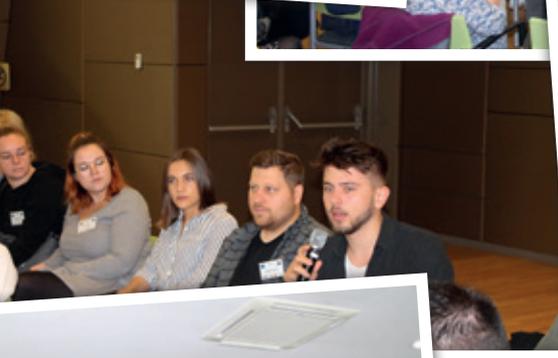
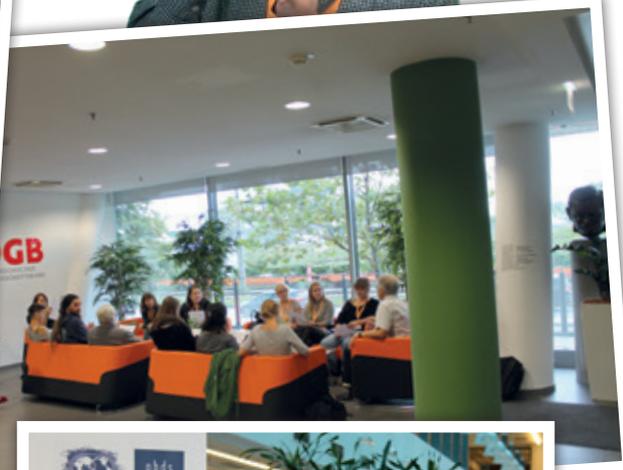
Sekretariat, Anzeigen, Abonnent*innen Service: Soziale Arbeit in Österreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56; Mo-Do 9-12 Uhr,

E-Mail: service@obds.at. Wir senden gerne die aktuelle Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements: SIÖ erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: EUR 12,00; Jahresabonnement EUR 35,00 (zzgl. Portokosten). Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Abbestellungen bestehender Abos sind bis drei Monate vor Jahresende mitzuteilen. Das Abo ist für Mitglieder des obds kostenlos.

Information: Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.







Magazin

Zusammengestellt von Mag. DSA Rudi Rögner

Ministerien halten viele Studien geheim

Eine parlamentarische Anfrage der NEOS brachte im August an die Öffentlichkeit, dass in den letzten zwölf Monaten 218 Studien von den Bundesministerien beauftragt wurden. Dafür wurden 9,9 Millionen Euro ausgegeben. Davon 3,2 Millionen Euro vom Sozialministerium für 51 Studien.

Abgefragt wurde der Zeitraum ab Juni 2018 bis Sommer 2019, von diesen Papieren wurden erst 39 veröffentlicht, bei 76 weiteren ist dies geplant. Die restlichen sind nur für den internen Gebrauch bestimmt bzw. wird bei ihnen noch über die Veröffentlichung entschieden.

Evaluierungen werden besonders häufig unter Verschluss gehalten. Beispiele für solche nicht veröffentlichten Studien: die Wirksamkeit der zusätzlichen praktischen Ausbildung des Motorradführerscheins, die Verkehrssicherheitskampagne „Keine Drogen am Steuer“, die Arbeit der Familienberatungsstellen, die Bürgerbeteiligung bei Handelsabkommen oder die Aktion 20.000.

Grüne und NEOS fordern, dass steuerfinanzierte Inhalte allen BürgerInnen zugänglich gemacht werden müssen.

Aus: derstandard.at, 8.8.2019, kurier.at 8.8., parlament.gv.at

UNO ruft neuen Gedenktag zur Religionsfreiheit aus

Im Mai 2019 verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Resolution zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer von Gewalt-

handlungen auf Grund der Religion oder des Glaubens“. Dieser Tag soll künftig jährlich am 22. August begangen werden. Im Entschließungstext wird die fortschreitende Intoleranz und Gewalt aufgrund von Religion oder Weltanschauung besonders gegen Mitglieder religiöser Minderheiten thematisiert. Die Zahl der Übergriffe steigt und Gemeinsamkeiten über Landesgrenzen hinweg werden festgestellt.

Die Staatengemeinschaft wird aufgefordert, die Rechte religiöser Minderheiten stärker zu schützen.

Aus: evangelisch.de; katholisch.at

Viele Geflüchtete schon in Beschäftigung

Ende Juli 2019 präsentierte AMS-Geschäftsführer Johannes Kopf eine positive Nachricht. 44 Prozent der Menschen, die mit der großen Migrationsbewegung 2015 nach Österreich kamen, konnten mit Stand Juni 2019 in einen Job vermittelt werden. Damit könnte das Ziel, dass nach fünf Jahren die Hälfte der Geflüchteten in einem Arbeitsverhältnis stehen, gut erreicht werden.

Auch wenn diese Zahl nicht allzu belastbar ist, wie die Recherche-Plattform Addendum einige Tage später nachwies, zeigt sie doch, dass die Entwicklung durchaus positiv ist. Viele finden selbständig Arbeit und nützen die Hilfe ihrer Landsleute, positiv wirkte sich auch die gute Konjunktur aus, führte Kopf weiter aus. Asylberechtigte aus Afghanistan, die oft weniger Qualifikationen mitbringen, seien leichter vermittelbar, da sie auch Hilfstätigkeiten in der Landwirtschaft, in der Gastronomie oder im Handel

übernehmen. Höher Qualifizierte etwa aus Syrien suchen demgegenüber oft länger nach einer Beschäftigung.

Aus: kurier.at, 28.7.2019, addendum.org/asyl/arbeitsmarkt-asylberechtigte

Integrationsbericht 2019

Bereits zum siebenten Mal wurde ein jährlicher Integrationsbericht vom Außenministerium, welches auch für Integration zuständig ist, veröffentlicht. Hinter dem Bericht steht der ExpertInnenrat, welcher nun in der Nachfolge von Heinz Faßmann von Katharina Pabel, Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Linz, geleitet wird, weitere bekanntere Mitglieder sind Gudrun Biffl, Kenan Güngör oder Wolfgang Mazal.

Kritisiert wurde am Bericht, dass er bei der Schwerpunktsetzung doch einigermaßen die integrationspolitische Agenda der türkis-blauen Regierung widerspiegeln und wichtige Themen wie Wohnen oder Gesundheit nicht behandeln.

Nichtsdestotrotz finden sich darin einige interessante Zahlen:

Im Jahr 2018 wanderten rund 147.000 Personen nach Österreich zu und ca. 122.000 aus, was einen Wanderungssaldo von plus 35.000 Menschen ergibt. Wie schon in den Jahren zuvor kam die Mehrheit der ZuwandererInnen, nämlich 88.000 Personen, aus anderen EU-Staaten (davon 29.700 aus Rumänien oder Bulgarien bzw. 26.700 aus jenen Ländern, die 2004 im Zuge der Osterweiterung EU-Mitglieder wurden).

Im Vorjahr wurden 13.746 Asylanträge gestellt, das sind um 44 Prozent

weniger als 2017. Die meisten AsylwerberInnen stammen weiterhin aus Syrien (24 Prozent), gefolgt von Afghanistan (15 Prozent) und dem Iran (8 Prozent). Bei der positiven Erledigung der Anträge lag Österreich erneut im EU-Vergleich an erster Stelle (168 Anerkennungen je 100.000 EinwohnerInnen).

Der Anteil der SchülerInnen mit nichtdeutscher Umgangssprache betrug im Schuljahr 2017/18 26%, was eine Steigerung zum Jahr davor um 0,7 Prozent bedeutet. Den höchsten Anteil an dieser Schülergruppe hat Wien mit 53 Prozent, gefolgt von Vorarlberg (26 Prozent) und Oberösterreich und Salzburg (je 22 Prozent). Im Verlauf des Jahres 2018 bezogen 308.200 Menschen bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS), was einen Rückgang von 20.000 Personen oder 6 Prozent im Vergleich zu 2017 ausmacht. Ein Drittel der LeistungsempfängerInnen sind Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte.

Ausführlich behandelt wird im Bericht der Familiennachzug und hier vor allem die „Heiratsmigration“, wenn also ein Verlobter/eine Verlobte im Herkunftsland gesucht bzw. gefunden und gehehlicht wird und dann nach Österreich nachzieht. Dies

könnte hinderlich auf die Integration wirken, insofern so das Wachsen einer emotionalen Verbundenheit mit Österreich hinausgezögert werde. Beispielsweise auch weil dann zu Hause wieder die Herkunftssprache an Bedeutung gewinne und Deutsch in den Hintergrund trete. Insgesamt wurden im Vorjahr 2.300 Anträge auf Familiennachzug zu Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigten gestellt.

Anlass zu Hoffnung gibt auch die Zahl, dass sich 85,7 Prozent der befragten Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich völlig oder eher heimisch fühlen. Genauer hin sind 26,3 Prozent mit der Art und Weise, wie die meisten Menschen in Österreich ihr Leben führen, einverstanden, 58,4 Prozent sind im Großen und Ganzen einverstanden (telefonische Befragung März bis April 2019).

Aus: bmeia.gv.at/integration/integrationsbericht, derstandard, 5.9.2019

Fortnite und Co.

66 Prozent aller Schweizer Buben sowie elf Prozent der Mädchen gamen täglich oder mehrmals pro Woche, die Buben spielen lieber gemeinsam, Mädchen eher allein. Praktisch

alle TeenagerInnen zwischen 12 und 19 Jahren verfügen über ein Smartphone (99 Prozent). Ein Drittel der Jugendlichen besitzt ein Video- und Musik-Streaming-Abo von Netflix, Spotify, Solche Ergebnisse lieferte die JAMES-Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, welche seit 2010 im Zweijahresrhythmus durchgeführt wird.

Das mit Abstand beliebteste Spiel der Schweizer Jugend heißt Fortnite, gefolgt von FIFA, Grand Theft Auto, Call of Duty und Minecraft.

Praktisch alle Befragten nutzen Messenger-Dienste wie WhatsApp, und fast alle verfügen über einen Account bei Instagram oder Snapchat.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch andere Daten, so wird Fortnite weltweit von 200 Millionen Gamern gespielt. Die wirtschaftliche Bedeutung ist nicht unerheblich, denn in der Schweiz wurde im Vorjahr mit Games ein Umsatz von 185 Millionen Franken erzielt.

Hinsichtlich der pädagogischen Implikationen sind sich MedienexpertInnen einig, dass es ohne Bildschirmregeln nicht geht. Wenn sich durch den Medienkonsum die schulischen Leistungen verschlechtern oder ein Rückgang der Sozialkontakte spürbar

ÖAGG | PD



JETZT BEWERBEN
[psychodrama-austria.at/
fachspezifikum](https://psychodrama-austria.at/fachspezifikum)

PSYCHOTHERAPIE-AUSBILDUNG FACHSPEZIFIKUM PSYCHODRAMA

Die Psychodrama-Ausbildung befähigt zur Ausübung von **Einzel-, Paar- und Gruppentherapie** sowie der **Arbeit mit Familien**.

Universitärer Abschluss mit dem **Master of Science (MSc)** in Kooperation mit der Donau-Universität Krems

Für die kommenden Lehrgänge ist die Bewerbung bereits möglich:

Lehrgang in Wien/Krems
Lehrgangstart am 17.01.2020

Lehrgang in Graz/Klagenfurt
Lehrgangstart am 17.01.2020

Lehrgang in Salzburg
Lehrgangstart am 6.3.2020

Lernen Sie Psychodrama kennen am **38. Psychodrama-Symposion**.
1.-3. Mai 2020 in Spital am Pyhrn

Vorträge und Workshops zum Thema

WENDEPUNKTE –
Mikro und Makroprozesse
in Szene gesetzt.

Alle Informationen unter
psychodrama-austria.at/symposion

ist, stellt dies einen möglichen Anknüpfungspunkt für die Schulsozialarbeit dar.

Für die besorgte Elterngeneration bietet die Studie auch erfreuliche Ergebnisse. Denn trotz stärkeren Zuwachses an medialen Geräten und Angeboten haben die non-medialen Aktivitäten nach wie vor einen zentralen Stellenwert in der Freizeitgestaltung. Auch wenn ein leichter Rückgang feststellbar sei, treffe sich ein Großteil der Jugendlichen regelmäßig mit FreundInnen. Buben betreiben häufiger Sport, Mädchen kümmern sich eher um Haustiere, auch beim Malen/Basteln und Musizieren liegen sie voran.

Aus: SozialAktuell Juni 2019, zhaw.ch/de/psychologie/forschung/medienpsychologie/mediennutzung/james/

Auch eine „schwache“ Führung kann gut sein

Die monatlich erscheinende Fachzeitschrift des Schweizer Berufsverbands Avenirsocial widmete kürzlich ihren Schwerpunkt dem Thema Hierarchien. Ein Highlight darin stellen die Thesen von Peter A. Schmid dar, Dozent für Soziale Arbeit an der Hochschule Luzern, Supervisor und Ethiker. Er sieht es nicht grundsätzlich als Problem an, wenn die Führungskraft nicht über mehr Fachwissen verfügt als die MitarbeiterInnen. Denn Führung stelle eine anspruchsvolle Tätigkeit dar, die erlernt und ausgeübt werden muss, sie sei etwas, was man nicht einfach so nebenher mache. Es gehe um Koordination, um Sicherung der fachlichen Arbeit nach oben, innen und außen und vieles mehr. Und insofern sei die Führungsarbeit als Dienstleistung am Team zu verstehen. Die fachliche Anleitung bzw. Unterstützung könne demgegenüber von fachlich erfahrenen KollegInnen wahrgenommen werden. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung habe eine kollegiale Feed-

back-Kultur im Rahmen von Intervention oder Erfahrungsgruppen.

Als Dreh- und Angelpunkt sieht Schmid das wechselseitige Vertrauen von MitarbeiterInnen und Führungskräften. Er kritisiert die öfter anzutreffende totale Ablehnung von Führung und bringt einen Vergleich: Wir kommen ja auch nicht zu dem Schluss, Beziehungen grundsätzlich abzulehnen, „nur weil wir schon Beziehungen erlebt haben, die anstrengend und schwierig waren und nicht funktionierten.“

Aus: SozialAktuell Juni 2019

Pflegegeld wird erhöht

Anfang Juli 2019 beschloss der Nationalrat einstimmig, dass das Pflegegeld nicht nur einmalig erhöht, sondern jährlich valorisiert werde. Es soll entsprechend dem Pensionsanpassungsfaktor nach dem ASVG erhöht werden. Die sich daraus ergebenden Beträge werden jährlich vom Sozialministerium berechnet und veröffentlicht. Während die türkis-blaue Koalition ursprünglich nur eine Erhöhung für die Stufen vier bis sieben vorgesehen hatte, stimmten nun alle Abgeordneten einem Antrag der Liste Jetzt zu, wonach die Verbesserung auch für die unteren drei Stufen gilt. Der Abgeordnete Bruno Rossmann wies darauf hin, dass beispielsweise die höchste Stufe des Pflegegeldes seit der Einführung im Jahr 1993 600 Euro an Wert verloren habe. Damals bezogen etwa 230.000 Personen diese Geldleistung, gegenwärtig sind es 462.583.

Aus: parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2019/PK0768/index.shtml; orf.at/stories/3128008/

NÖ prescht bei neuer Sozialhilfe vor

Nachdem das neue Sozialhilfe-Grundsatzgesetz des Bundes am 1. Juni 2019

in Kraft getreten war, beschloss der niederösterreichische Landtag bereits am 13. Juni dieses Jahres das entsprechende Ausführungsgesetz. Auf ein Begutachtungsverfahren hatte man verzichtet. ÖVP-Landesgeschäftsführer Ebner erklärte die geringe Vorbereitungszeit im Landtag damit, dass die neue Sozialhilfe „in Wahrheit in Niederösterreich erfunden worden sei“.

Die im Bundesgesetz vorgesehenen neuen Härten wurden folglich alle übernommen und die möglichen Spielräume für eigene Verbesserungen der Länder etwa im Bereich des Wohnens blieben ungenutzt.

Das Vertretungsnetz kritisierte, dass die oft erwähnte Verbesserung für die Behinderten für viele nicht erreichbar sein, da dafür eine Erwerbsminderung von 50 Prozent vorliegen müsse, was bei Menschen mit einer psychischen Erkrankung meist nicht festgestellt werde. Dieselbe Kritik wurde übrigens auch zur Novelle des oberösterreichischen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes geäußert, wo das Begutachtungsverfahren am 23.8.2019 zu Ende ging.

Während sich die ÖVP-geführten Länder mit freiheitlicher Regierungsbeilegung mit der Umsetzung beeilen, versuchen die 21 SPÖ-Abgeordneten des Bundesrates diese zu verhindern oder einzuschränken brachten eine Beschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof ein. Durch die Stärke der Fraktion von einem Drittel der Sitze steht diese Möglichkeit zu. Kritikpunkte sind hier, dass auf Grund des geringen Gestaltungsspielraumes für die Länder eine Kompetenzüberschreitung des Bundes vorliege, weiters seien der Zwang zu Sachleistungen und die Reduzierung wegen geringer Sprachkenntnisse eine unsachliche Beschränkung.

Aus: vertretungsnetz.at; wienerzeitung.at, 18.7.2019; derstandard.at, 17.6.2019; landtag-noe.at; land-oberoesterreich.gv.at

Veranstaltungen

Zusammengestellt von Mag. DSA Rudi Rögner

Burgenland

Wie können wir in Zukunft genügend Fachpersonal für den Pflege- und Behindertenbereich gewinnen?

Jahrestagung
13.11.2019, Eisenstadt
Veranstalter: ÖKSA - Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit, oeksa.at

Oberösterreich

Connect. Karrieremesse Sozialwirtschaft in OÖ

Messe
19.11.2019, Linz, FH Campus
Veranstalter: Sozialplattform Oberösterreich, connect-sozialwirtschaft.at

Raus aus dem Chaos. Hilfe für Messies

Fachtag
21.11.2019, 13-17 Uhr, Linz, Ursulinenhof
Veranstalter: EXIT-sozial, exitsozial.at

Perspektiven

2. Kongress für Sozialbetreuungsberufe
12.3.2020, Linz, AK OÖ
Veranstalter: AK OÖ, Altenbetreuungs-schule OÖ, BFI OÖ, Caritas OÖ, Diakonie OÖ, fsbkongress.at

BAWO-Fachtagung 2020

25.-27.5.2020, Linz, Seminarhaus auf der Gugl
Veranstalter: BAWO, bawo.at

Wien

Innovation Lab. Denk- und Experimentierraum rund um das Thema Arbeit

16.10.2019: Das Menschenrecht auf Arbeit
20.11.2019: Marie Jahoda
18.12.2019: Algorithmen und Big Data in der Sozialpolitik
jeweils: 17 Uhr, 1040 Wien, Preßgasse 28
Veranstalter: arbeit plus, arbeitplus.at

beschämt & Scham

Fachtagung
16.1.2020, Tech Gate Vienna
Veranstalter: pro mente Wien, promente-wien.at

Die Renaissance der Zivilgesellschaft – Wozu braucht es NPOs?

Fachtagung
20.1.2020, Wirtschaftsuniversität
Veranstalter: NPO-Kompetenzzentrum an der WU Wien, wu.ac.at/npocompetence

Deutschland

„Gut angekommen?!“

Herbsttagung
21.-23.10.2019, Berlin, Jugendgästehaus Hauptbahnhof
Veranstalter: Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., b-umf.de

Ein Kind und viele Eltern. Das Kindeswohl im Kontext genetischer, biologischer, rechtlicher und sozialer Elternschaft

Jahrestagung
25.-26.10.2019, Berlin
Veranstalter: Deutsche Liga für das Kind, liga-kind.de

ConSozial 2019

Kongress und Messe
6.-7.11.2019, Nürnberg
Veranstalter: Bayrisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, consozial.de

Albtraum Miete - Umgang mit prekären Wohnverhältnissen in der sozialen Schuldnerberatung

Fachtagung
14.-15.11.2019, Berlin, Holiday Inn Berlin City West
Veranstalter: Deutscher Verein für öffentliche u. private Fürsorge e.V., deutscher-verein.de

Was Soziale Arbeit (aus)macht. Beiträge rekonstruktiver Forschung zur Theoriebildung

Jahrestagung/Workshop
22.-23.11.2019, Nürnberg, Technische Hochschule
Veranstalter: Netzwerk für Rekonstruktive Soziale Arbeit, nwrsa-2019.de

„... und die Jugendlichen, die zu uns kommen werden immer schwieriger“ –

Maßnahmen am Übergang Schule-Beruf mit bindungsverletzten Jugendlichen

Tagung
5.-6.12.2019, Remagen-Rolandseck, Haus Humboldtstein
Veranstalter: AWO-Bundesverband e.V., awo-bundesakademie.org

Europäische Gesellschaft(en) zwischen Kohäsion und Spaltung

Trinationale Tagung und DGSA-Jahrestagung
24.-25.4.2020, Landshut, Hochschule für angewandte Wissenschaften
Veranstalter: DGSA, OGSA, SGSA, HAW Landshut, conftool.org/landshut2020

Schweiz

Arbeitslosigkeit und Verschuldung.

6. Oltner Verschuldungstage
Internationale Fachtagung
7.-8.11.2019, Olten, FH Nordwestschweiz
Veranstalter: FH Nordwestschweiz, forum-schulden.ch/fachtagungen

Kinderrechte in Schule und Unterricht – heute und morgen

Tagung zum Jubiläum 30 Jahre Kinderrechte
16.11.2019, Solothurn Campus Brugg-Windisch
Veranstalter: FH Nordwestschweiz/Pädagogische Hochschule, fhnw.ch/wbph

Der Mensch in der Selbstorganisation

Changetagung
23.-24.1.2020, Basel, Universität
Veranstalter: Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung ISOS / FHNW, changetagung.ch

Lehrgänge

Systemisches Denken und Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich - Grundkurs

März bis Juni 2020, 3 zweitägige Module
Ort: Lochau/Schloss Hofen
Veranstalter: Schloss Hofen – Wissenschaft & Weiterbildung (FH Vorarlberg), schlosshofen.at



IFSW - International Federation of Social Worker

Text: Herbert Paulischin

Die IFSW wurde 1928 in Paris als Zusammenschluss der nationalen Vertretungsorganisationen (Berufsverbände und Fachgewerkschaften) gegründet. Die Neugründung nach dem zweiten Weltkrieg fand 1956 in München statt. Seit 1965 gibt es die Europäische Region als geografische Struktur des Dachverbandes, die mittlerweile auch als Juristische Person (IFSW Europe, eingetragener gemeinnütziger Verein) in Berlin registriert ist.

Auf globaler Ebene wird der/die Vorsitzende und ein/e StellvertreterIn der Europäischen Region für eine Funktionsdauer von 4 Jahren gewählt. Derzeit sind dies Ana Radulescu (Präsidentin, Rumänien) und John Brennan (Vizepräsident, Irland). Von der Generalversammlung („Delegates Meeting“) des Vereins werden zusätzlich ein/e KassierIn und 3 weitere Vor-

standsmitglieder, sowie 2 Ersatzmitglieder, gewählt.

IFSW Europe hat 50 Europäische Mitglieder und mit Israel und den Kaukasusländern Armenien, Aserbeidschan und Georgien auch 4 Mitglieder außerhalb der geografischen Region. Diese Mitgliedschaften sind teils politisch, teils historisch/kulturell begründet.

Da in machen Ländern mehr als eine Organisation für die Berufsgruppe der SozialarbeiterInnen bestehen und Mitglied der IFSW sind, zB in Österreich der OBDS und die Gewerkschaft YOUNION, erhöht sich die Gesamtzahl der Mitgliedsorganisationen auf 53.

Zu den Hauptaufgaben der Europäischen IFSW gehört

- die Vertretung der Berufsgruppe gegenüber der EU, dem Europarat und den in Europa angesiedelten Vertretungen der Vereinten Nationen (Wien und Genf).
- die Mitarbeit in berufsrelevanten Organisationen und Netzwerken auf europäischer Ebene (European Anti Poverty Network, European Social Network, European Social Platform, NGO Forum Europarat, Fundamental Rights Agency u.a.m)
- die Vertretung der Europäischen Region in den Ausschüssen für Ethik und für Menschenrechte in der IFSW auf globaler Ebene.
- die Durchführung von Projekten zur Stärkung der Berufsgruppe in Europa

Derzeit wird das Projekt **“Social Workers for Transformational and Sustainable Social Protection in Europe”**, koordiniert von John Brennan, abgeschlossen.

Im Jänner 2020 startet als neues Projekt **“IFSW Europe – promoting and supporting the young generation of social workers”**, koordiniert von Herbert Paulischin/OBDS

Link:

<https://www.ifsw.org/regions/europe/>



Ana Radulescu, President of IFSW EUROPE

Enquete A social Europe is possible!



Text: Herbert Paulischin

Das Thema der IFSW Europakonferenz Sozialarbeit stand unter dem Thema „Sozialer Schutz und Menschenwürde“. Als Vorkonferenz (Pre-Conference-Symposium) veranstaltete die IFSW Europe gemeinsam mit dem OBDS die Enquete „A Social Europe is possible“.

Nach kurzen Inputs der ReferentInnen entspann sich eine spannende Diskussion mit den mehr als 200 TeilnehmerInnen zu den Fragen:

- Was sind die aktuellen Herausforderungen?
- Was kann Sozialarbeit zum Gelingen eines sozialen Europas beitragen?
- Wer sind unsere PartnerInnen bei der Realisierung dieser Idee?
- Welche Rolle spielen SozialarbeiterInnen beim Kampf für eine wertebasierte Gesellschaft?

Die ReferentInnen:

Rosa Logar – Leiterin der Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie

Kai Leichsenring – European Centre for Social Welfare Policy and Research

Josef Weidenholzer – Mitglied des Europäischen Parlaments (2011 – 2019)

Nikolaus Dimmel – Sozialwissenschaftler

Herbert Paulischin – Sozialarbeiter

Die Diskussion wurde von Ana Rădulescu, der Präsidentin des Europäischen Verbands der SozialarbeiterInnen (IFSW Europe) eröffnet und von David Jones, dem Leiter des Projekts „Global Agenda“ der IFSW moderiert.

Nachfolgend mein Beitrag zur Diskussion:

Ein soziales Europa ist möglich!

Als Sozialarbeiter habe ich viele Jahre in anderen europäischen Ländern gearbeitet und war oft mit der Frage konfrontiert: „Warum arbeitest du im Ausland? Haben wir in Österreich nicht genug Probleme?“

Probleme kennen keine Grenzen – zumindest nicht jene von Nationalstaaten. Lösungen glücklicherweise ebenso nicht. Modelle, die hier in Österreich entwickelt und angewendet werden können positive Auswirkungen auch in anderen Ländern haben und umgekehrt. Vor 100 Jahren entstand im sozialdemokratisch regierten, sogenannten „roten Wien“ unter dem Einfluss der hier begründeten Psychoanalyse eine neue, wegweisende Konzeption der Kinder- und Jugendhilfe, deren Auswirkungen ganz Europa erfassten. Aber wir haben erfolgreiche Modelle auch importiert. Vor 35 Jahren lernte ich das Konzept der Kinderschutzzentren in Deutschland kennen. In Zusammenarbeit mit den deutschen

KollegInnen haben wir dieses Modell den rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich angepasst und 1985 das erste österreichische Kinderschutzzentrum in Linz eröffnet. Nach weiteren vier Jahren fand dieses Konzept Eingang in die rechtlichen Grundlagen der Jugendwohlfahrt und wurde als zentrale Dienstleistung und als Ergänzung zum öffentlichen System der Kinder- und Jugendhilfe definiert. Und in den Jahren 2002 und 2003 durfte ich ein internationales ExpertInnenteam leiten, das diesen fachlichen Ansatz, der die gesamte Familie und das soziale Umfeld in das Hilfenkonzept einschloss, bei der Reform des Kinderschutzes in Bulgarien implementierte.

Ein anderes Beispiel: Die Idee für den Schutz von Frauen bei häuslicher Gewalt wurde aus England nach Österreich übertragen und heute sind Frauenhäuser in Österreich ein unverzichtbarer Bestandteil der Hilfe für Betroffene. Im Gegenzug wurde das österreichische Modell der gesetzlichen Regelungen zur Wegweisung (expulsion of offenders) und zum Kontaktverbot zum Vorbild für andere europäische Staaten.

Viele dieser Errungenschaften sind derzeit in den meisten europäischen Ländern gefährdet. 40 Jahre neoliberaler Deregulierungen haben desaströse Auswirkungen auf die Systeme des sozialen Schutzes in allen Ländern.



Privatisierung von sozialen Dienstleistungen, basierend auf der irrigen Annahme, Hilfen für benachteiligte und gefährdete Menschen müssten den Gesetzen eines abstrakten Marktes gehorchen, führten zu dramatischem Qualitätsverlust und zum Kollaps bewährter Strukturen.

Die öffentliche Diskussion wird aber nicht über diese Gier nach Profit geführt. Sie wird geführt von Politikern wie Orban, Le Pen oder Salvini. Sie wird dominiert von rechten und rechtskonservativen politischen Parteien in beinahe allen europäischen Ländern. Sie ist geprägt von populistischen, rechtsradikalen, xenophoben und nationalistischen Phrasen. Wir kennen das apokalyptische Ende des Nationalismus: Dieser Weg führt nach Auschwitz.

Wir werden nie wieder sagen können, das wir von nichts wussten. Es liegt in unserer Verantwortung, trotz Fake News und massiver Manipulation die Fakten zu erkennen und zu berücksichtigen.

Wir wollen nicht ein Europa der Abschottung.
 Wir wollen nicht ein Europa, das Menschen, die Hilfe suchen, in den Tod treibt.
 Wir wollen nicht ein Europa, das benachteiligte Menschen ignoriert.
 Wir wollen nicht ein Europa, in dem das Überleben der Menschen, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit,

Alter, Geschlecht, Nationalität oder Gesinnung nicht garantiert werden kann.

Wir wollen ein Europa, das sich der Aufklärung und humanistischen Werten verpflichtet fühlt.

Wir wollen ein Europa, das bedingungslos demokratische Grundsätze respektiert.

Wir wollen ein Europa, in dem die politischen, administrativen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Ausübung unseres Berufs in keinem Widerspruch zu den ethischen Prinzipien unserer Profession stehen.

Wir wollen ein Europa, in dem fundamentale Rechte und Rechtsstaatlichkeit ungefährdet sind.

Wir wollen ein soziales Europa!

Was werden wir als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu einem sozialen Europa beitragen?

Das Fundament der Profession Sozialarbeit sind die universellen Menschenrechte und die Berufsethik. Diese werden auch weiterhin die Ausübung des Berufs bestimmen.

Wir werden der von Lügen und Hetze vergifteten gesellschaftlichen Atmosphäre unsere berufliche Haltung entgegenzusetzen und unseren Klienten mit Respekt begegnen.

Wir werden die Erreichbarkeit von Hilfe weiter gewährleisten und ausbauen.

Wir werden Unwissenheit und Igno-

ranz durch proaktive Kommunikation und Information bekämpfen.

Wir werden uns im Rahmen unserer Aufgaben für die weitere Stärkung des Rechtsstaates einsetzen.

Wir können Grenzen überwinden – Wir werden transnationale Partnerschaften stärken.

Wir werden unsere Forderung nach einem sozialen Europa in unserem beruflichen Umfeld ebenso wie im öffentlichen Raum bekräftigen.

Wir werden sichtbar sein und wir werden die Vision eines sozialen Europas sichtbar machen.

Wir sind uns bewusst, dass dies nicht von einzelnen Kolleginnen und Kollegen geleistet werden kann. Als Berufsgruppe mit einer gemeinsamen Stimme haben wir aber die Möglichkeit, politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu nehmen. Dieser Einfluss wird multipliziert, wenn die Zusammenarbeit über nationale Grenzen geschieht. Dazu sind wir nicht nur bereit, das tun wir bereits seit Jahrzehnten auf europäischer und globaler Ebene. Das werden wir weiter tun. Das werden wir bekräftigen und ausbauen, wenn wir in den kommenden Tagen mit 500 SozialarbeiterInnen Wissen und Erfahrungen austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln.

Ich bin überzeugt, dass ein soziales Europa möglich ist und dass unsere Stimme gehört werden wird.



Keynote

Zukunfts-Aussichten für die Soziale Arbeit

Text: Beat Schmocker (Volltextversion der Keynote siehe unter: <https://www.beat-schmocker.ch/aktuelles>)

Für meinen Blick in die Zukunft wähle ich als Ausgangspunkt die IFSW-Definition von 2014. Mittels einer allgemeinen handlungstheoretischen Struktur systematisch ausgelegt, zeigt diese eine idealtypische Charakterisierung der Sozialen Arbeit. Und aus dem Soll-/ Ist-Vergleich kann ich dann Zukunftsaussichten für sie schlussfolgern. (Siehe Tabelle)

Diese neun Felder umfassende Matrix der ausgelegten IFSW-Definition weist nun auf die Aufgaben hin, die der Sozialen Arbeit bevorstehen. Zum einen wird sichtbar, dass von dem, was im internationalen Fachdiskurs für die Soziale Arbeit konzeptionell entwickelt wurde, noch längst nicht alles umgesetzt ist. Zum andern lassen sich, aus der Grundlogik dieses typologischen Modells heraus, für sie weitere Herausforderungen antizipieren.

Bei der Sicht auf das, was noch immer auf eine Umsetzung wartet, beschränke ich mich auf das, was mir selber vertraut ist: die Lehre der Sozialen Arbeit. Diese Matrix lässt sich als Skizze eines neun Module umfassenden Curriculums in Sozialer Arbeit verstehen, das auf internationalem Fachdiskurs basiert. Ein analytischer Vergleich dieses global-fachlichen Curriculum-Plans mit den real existierenden Curricula an unseren Fachhochschulen zeigt dann die künftigen (in diesem Fall) *bildungstheoretischen* »Herausforderungen« auf.

In der Lehre unserer Ausbildungen wird z.B. die *politische* Ebene der »gesellschaftlichen Systeme« objekttheoretisch, ethisch, aber auch methodisch sehr vernachlässigt. Das Postulat der Sozialen Arbeit, hier ihre *politische* Funktion deutlich sicht- und hörbar umzusetzen, wird kaum thematisiert,

und umsetzende Projekte der Studierenden werden aus opportunistischen Gründen oft sogar verhindert. Dafür besteht auf der Mikro-Ebene ein curricularer Überhang. Unser Zuständigkeitsbereich umfasst aber das ganze Spannungsfeld zwischen Individuen und gesellschaftlichen Strukturen. Die Aufgabe, diese Schieflage im »vertikalen« Verhältnis zwischen Mikro-, Meso- und Makro-Ebene curricular deutlich auszugleichen, wartet noch auf eine Lösung. Aber darüber hinaus müssten wir auch die *Zusammenhänge* zwischen diesen Ebenen – der bio-psychischen, der psycho-sozialen und der sozio-kulturellen, inklusive der politischen Ebene – deutlicher fokussieren. Das ist nicht nur ein *professionspolitischer*, sondern vor allem auch ein *berufsmoralischer* Anspruch.

Aber auch die »horizontale« *Integration* von Fakten-, Werte- und Metho-

Charakteristik der Sozialen Arbeit nach der IFSW-Definition von 2014:

	Fakten-Wissen Tatsachenfeststellungen über	Werte-Wissen moralische Urteile mit	Methoden-Wissen Handlungsanweisungen für
gesellschaftliche Systeme Positionenstrukturen <i>Mensch in Gesellschaft</i>	gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklung bezüglich der Erreichung von Wohlbefinden	Menschenrechte & Anerkennung der Verschiedenheit Moralphilosophie der Integration <i>Menschlichkeit</i>	<i>politische Unterstützung</i> bei der Entwicklung von Handlungschancen für die Lösung sozialer Probleme
soziale Systeme Interaktionsstrukturen <i>Zusammen-Leben</i>	den sozialen Zusammenhalt (Kohäsion) bezüglich der Erreichung von Wohlbefinden	soziale Gerechtigkeit & gesellschaftliche Verantwortung Moralphilosophie der Interaktion <i>Mitmenschlichkeit</i>	<i>strukturelle Unterstützung</i> bei der Erschliessung und Nutzung von Handlungsmöglichkeiten für die Lösung sozialer Probleme
Menschen Mitglieder sozialer Systeme <i>Leben als Organismen</i>	die Ermächtigung und Befreiung von Menschen bezüglich der Erreichung von Wohlbefinden	Menschenwürde & unbedingte Anerkennung des/ der Anderen Moralphilosophie der Person <i>Mensch-Sein</i>	<i>subsidiär-agogische Unterstützung</i> beim Training sozialer Handlungsfähigkeit zur Lösung sozialer Probleme



den-Wissen wird curricular nach wie vor vernachlässigt; ganz zu schweigen von der systematischen *Transformation* des integrierten Fachwissens in praktische Pläne für professionelles, methodisch und ethisch korrektes Handeln; und folglich natürlich auch die Evaluation und die Effektivitätsforschung der Praxis Sozialer Arbeit. Alles klare *handlungswissenschaftliche* Ansprüche!

Die Ausbildungen an unseren Fachhochschulen sind ziemlich gut in der Organisation des Bildungsbedarfs, was das *Fakten-Wissen* betrifft. Aber ein guter Abschluss im *Wissensbestand* der Sozialen Arbeit macht nun mal noch lange keine Professionalität aus. Entscheidend dafür ist das *Können* auf der Basis des *Methoden-Wissens*. Und das bedeutet vor allem »Üben, Üben, Üben«. Und dazu braucht es Zeit: viel Zeit für die Internalisierung von

Handlungsabläufen und erst recht für den Aufbau von Handlungsrouninen. Das ist längst nicht nur eine Sache der Praktika! Es braucht *vor* jeglicher Praxis (und auch ein Praktikum ist Praxis) das Training und die Habitualisierung von Grundfertigkeiten. Wie beim Sport, wo man ja auch nicht erst in der Praxis – also bei den Wettkämpfen – mit dem Üben von Grundtechniken beginnt. Das lässt nur einen Schluss zu: das Üben muss deutlich stärker zu einem integralen Bestandteil der Lehre werden.

Aber richtig dramatisch wird es bei der dritten Form handlungswissenschaftlichen Wissens – dem Werte-Wissen: dort, wo es um die *Entwicklung der Kompetenz zur moralischen Urteilsbildung* geht. Und genau hier investieren die Ausbildungen am wenigsten. Abgesehen davon, dass solche Kompetenz-Entwicklungen lebenslang nicht

abgeschlossen werden können, brauchen Prozesse für die Bildung von »Moral« enorm viel Zeit, Geduld, und vor allem viel Gelegenheit; es müssen sich in unseren Gehirnen Orientierungshorizonte entwickeln und Justierungen am inneren Kompass reifen können. Und das sind ja alles *organische* Prozesse. Die benötigen ihre Zeit, das kann man nicht abkürzen oder beschleunigen; wie das Gras, das auch nicht schneller wächst, wenn man dran zieht.

Die »Dramatik« liegt darin: Ohne Berufsethik und spezifische Moralphilosophie ist keine »vernünftige« Soziale Arbeit – also keine Disziplin – möglich. Aber ohne »Kompetenz in der moralischen Urteilsbildung« ist eine *professionelle* Praxis – also eine Profession – schlicht unmöglich.

Auf diese Weise ließen sich für die

Soziale Arbeit noch eine ganze Reihe von bereits bestehenden zu lösenden Aufgaben für die Zukunft bestimmen. Aus der Grundlogik der Matrix heraus können wir aber auch die künftigen, die neu auf uns zukommen, antizipieren. Dazu müssen wir nur – natürlich ohne die Idee der Sozialen Arbeit zu verlassen – das Spannungsfeld zwischen den »Menschen« und ihren »gesellschaftlichen« Systemen ausdehnen, und zwei weitere Ebenen in unser Modell einführen: eine, *unter* die (Mikro-) Ebene der individuellen Menschen und eine, *über* die (Makro-) Ebene gesellschaftlicher Systeme.

Bei der Erweiterung in die Richtung *tiefer* als das menschliche Dasein ginge es wohl um eine existentiell-realistische Ebene; hier wäre der »**ökologische Aktionsraum**« der Menschen, und die natürlichen Lebensgrundlagen aller Organismen, zu thematisieren. Also z.B. unser Verhalten gegenüber der Erde oder unser Verhältnis zu anderen organismischen Arten, insbesondere zu anderen Tieren.

Allerdings müssten wir hier keine Debatten beispielsweise um den Klimawandel führen. In der Sozialen Arbeit müssten wir vielmehr die *sozialen* (wohlverstanden: die sozialen, nicht die gesellschaftlichen) Probleme, die damit zusammenhängen, klar fassen, thematisieren, beschreiben und erklären können. Wir müssten verstehen lernen, inwiefern nachhaltige globale Entwicklung zuallererst eine praktische *soziale* Aufgabe für konkrete Menschen ist. Wir müssten uns z.B. fragen: Welche *sozialen* Aufgaben müssen Menschen – im Hinblick auf ökologische und faunistische Entwicklungen – lösen? Und inwiefern kann die Soziale Arbeit diesbezüglich welche Art von Hilfestellungen leisten?

Eine mögliche Denklinie könnte vielleicht in die folgende Richtung gehen:

Bekanntlich können wir Menschen nur dann individuell handeln, wenn wir *Motive* haben, also eine Bedürfnisspannung »erleben«. Aber den ökologischen Kollaps können wir *emotional* gar nicht »erleben«. Dazu sind die Zeitspannen viel zu groß und die Prozessabläufe viel zu langsam. Deshalb können sich – einfach so – auch keine *Motive* für das individuelle, sinnvolle und zielführende Handeln bilden. Für die Kompensation der entsprechenden Handlungsvoraussetzungen wären wir wieder auf andere Menschen und ihre sozialen Systeme angewiesen, und entsprechend hätten wir spezifische soziale Probleme zu lösen, um diese Angewiesenheit funktional zu gestalten. *Eine* von vielen verschiedenen *sozialen* Aufgaben (das *soziale* Problem) wäre also, dass wir uns gegenseitig dabei helfen, die fehlende Motivation kollektiv zu *kompensieren* und Ersatz für die kognitionspsychologischen *Handlungsvoraussetzungen* zu schaffen. Das wäre dann eine völlig neue Art der Kooperation.

Falls ich richtig liege, bräuchten wir wissenschaftliches

- **Fakten-Wissen** vor allem zur Frage: welche Art von *sozialen* Prozessen kann in welcher Weise die Kompensation von emotional nicht generierbarer Motivation (zum Schutz des ökologischen Gleichgewichts) ermöglichen?
- Und bezogen auf das
- **Werte-Wissen** bräuchten wir zusätzliche Prinzipien, z.B. Prinzipien der Rechte und der Würde von Tieren oder für unsere moralischen Pflichten dem gesamten Globus gegenüber; oder eine Moralphilosophie der Bewahrung.
- Und bezogen auf das
- **Methoden-Wissen** müssten wir wissen, »wie« und »womit« die *Handlungsvoraussetzungen*, die Entwicklung von Handlungs-Motiven zur Förderung von Handlungskompetenz für die Lösung

dieser spezifischen sozialen Probleme, bewerkstelligt werden könnten.

Was nun die Erweiterung in die andere Richtung betrifft, *weiter* als die gesellschaftliche Ebene, so wäre das wohl eine Ebene der von Menschen geschaffenen Supra-Systemen, die immer mehr generalisierte Interaktionsformen erzeugen und die künftig noch mehr auf elektronisch verarbeiteten Daten und algorithmischen Technologien basieren. Insofern könnte man diese Ebene »**funktional-transzendent**« oder »**signitiv**« nennen, weil solche abstrakten Organisationsformen nur dank kollektiv geteilter Symbole und Sinnzusammenhänge auch zum Funktionieren gebracht werden können. Zu thematisieren wäre hier z.B., dass wir Menschen zunehmend Roboter für uns *arbeiten* und Algorithmen sogar für uns *entscheiden* lassen.

Aber auch hier wird es für uns in der Sozialen Arbeit nicht darum gehen, uns spezielles Wissen zu den neuen elektronischen Datenverarbeitungs-Technologien anzueignen. Vielmehr müssten wir die *sozialen* Probleme (nicht die gesellschaftlichen), die damit zusammenhängen, klar fassen und thematisieren können. Und wir müssten auch beim Übergang vom »anthropozentrischen Weltbild« zum »Daten-zentrischen Weltbild« z.B. für die Menschenrechte eintreten. Wir müssen z.B. verstehen lernen, dass sich vor dem Hintergrund des digitalen Wandels die gesamten *Handlungsbedingungen* zur Lösung sozialer Probleme *faktisch* erheblich verschieben; insbesondere die Bedingungen zur Erlangung der *demokratischen Kontrolle* der »Vielen« über extrem »Wenige«, die diese Technologie kontrollieren.

Für uns heißen die Fragen also: was sind die neuen praktischen *sozialen* Aufgaben für die Menschen, vor wel-

che uns die aktuelle technische Revolution stellt? Und wie sehen die entsprechenden Lösungen aus, und wozu kann die Soziale Arbeit hier Hand bieten?

Und falls ich auch hier richtig liege, dann hieße das vermutlich folgendes:

- Das **Fakten-Wissen** hätte sich auf die *sozialen* Mechanismen zu beziehen, die z.B. die demokratische *Kontrolle* über die technischen Möglichkeiten wiedererlangen; oder es bräuchte Fakten-Wissen zu den *Folgen* des mit den neuen Technologien anwachsenden Machtgefälles auf die *Interaktionsbeziehungen* und *Positionsbeziehungen* der Menschen, auf die *Kohäsion*, die *Integration*, oder die *Menschenrechte* und die *soziale Gerechtigkeit*.
- Bezüglich des **Werte-Wissens** wird es angesichts der Fragen rund um das gewaltige Machtgefälle, das nicht mehr »nur« auf Interaktionen zwischen konkreten Menschen beruhen wird, sondern zwischen Menschen und abstrakten globalen Organisationssystemen, vermutlich um eine neue Moralphilosophie des Verzichts gehen müssen.
- Und bezogen auf das **Handlungs-Wissen** kommen – so befürchte ich – tatsächlich große Herausforderungen auf die Soziale Arbeit zu: denn die *Lösungs-Formen* von abstrakten Organisationssystemen und Gruppenstrukturen können von jedem spezifischen Inhalt und jeder spezifischen Situation unabhängig sein, also generalisiert verwendet werden. Solche generalisiert verwendbaren Lösungsformen könnten zum gesellschaftlichen Standard werden, aber sie widersprächen den Standards der Sozialen Arbeit diametral.

Die Relevanz bei diesen neu auf uns zukommenden Aufgaben liegt darin:

bei allen stellen sich die Fragen nach den *Menschenrechten*, der *sozialen Gerechtigkeit* und insbesondere der *Menschenwürde* nochmals in einer ganz anderen Intensität und Vehemenz als bis anhin. Angesichts solcher Szenarien tut Einmischung und Aufklärung insbesondere seitens der Sozialen Arbeit not. Natürlich braucht es auch großzügige Unterstützung auch durch die öffentliche Hand, getragen von einer sozial- und menschengerechten Politik. Aber gerade dazu bedarf es wiederum einer entsprechenden schlüssigen Argumentation unsererseits. Es braucht die Stimme unserer Community, die Expertise der Sozialen Arbeit. Eine menschengerechte Gesellschaft bedarf, dringender denn je, der Sichtweise der Sozialen Arbeit.

Das ist nun nicht ein Appell nur an die Gremien und Aktiven unserer Berufsverbände, obwohl Berufsverbände tatsächlich diejenige Infrastruktur sind, die für die gesamte Community notwendig ist, damit das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Sozialer Arbeit geregelt werden kann. Es ist ein Appell an *alle* Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Wir Fachpersonen der Sozialen Arbeit bilden die Community der Sozialen Arbeit. Wir *sind* unser Berufsverband, und als solcher bilden wir die Binnenstruktur, die Adresse und die stützende Gestalt unserer Community. Und genau in dem Maße, wie wir – alle oder nur wenige – unsere Berufsverbände unterstützen oder eben nicht unterstützen, können sie auch *politisch* funktional wirksam sein.

Insofern lässt sich problemlos postulieren, dass zumindest die Mitgliedschaft in unseren nationalen Berufsverbänden eine »berufsmoralische« Verpflichtung darstellt. Und am Bestehen dieser »Herausforderung« wird sich zeigen, ob die Soziale Arbeit als Profession und Disziplin überhaupt eine Zukunft haben oder in der Bedeutungslosigkeit versinken wird.



Beat Schmocker

Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler Professor für Theorie und Ethik Sozialer Arbeit

Libellenrain 23
6004 Luzern
0041(0)41 420 91 45

tell-me@beat-schmocker.ch
www.beat-schmocker.ch



Keynote

The context of social work in England and the role of leadership in supporting social work to flourish

Text: Rachel Dickinson

It's a pleasure to be here to speak at this important conference. I particularly appreciate the welcome I have received here in Vienna and at the conference too.

I've been asked to address you about the political framework and social context of social work in England. Inevitably my reflections will also cover the financial and demand pressures in children's services, what's driving demand and the role of leadership. I shall also talk briefly about the work of the Association of Directors of Children's Services.

The political framework of social work in England

In England, the delivery of social work and the accountability for the outcomes achieved is devolved to local government.

There are two tiers of local government in England, each with different levels of responsibility for services – 'top tier' authorities and 'district' authorities. 'Districts' provide more local services (such as housing, local planning, waste and leisure but not children's services or adult social care) 'Top tier' authorities are responsible for education, housing, social services (for children and adults), highways & transport, waste management, leisure

7 cultural services, consumer protection, environmental health, planning, economic development, emergency planning.

There are 151 'top tier' local authorities in England responsible for education, early help, children's social care (protection and 'looked after') directly employing c.45,000 child & family Social Workers (SWs). On average the vacancy rate for children's social workers is around 17%.

There are innumerable Acts of Parliament which place almost 300 statutory duties in relation to children on LAs.

Principal amongst them is The Children Act 1989 which:

defines threshold for statutory intervention for child protection – 'suffering or at risk of suffering significant harm' and makes clear that where it is safe to do so, family is best placed to bring up and care for children.

Established the 'paramountcy principle' which rebalanced children's and adults rights in favour of children whose wishes and feelings must be taken into consideration.

Established the statutory responsibility for prevention – something that ADCS now challenges government about because LAs are no longer resourced to discharge this statutory responsibility.

In England, parental responsibility can be legally and permanently severed by the family courts by placing a child for adoption, normally with 'strangers' or by awarding a Special Guardianship Order, normally a member of the child's extended family.

A family court judge can make a Placement Order for adoption with or without parental consent. 2,000 – 3,000 children per year are adopted. Parental responsibility for a child can also be shared, between the state and the parent, thereby conferring upon the state 'corporate parenting' responsibilities fulfilled by LAs. In these cases, children are placed with foster carers, or if the child is older, in a children's home. There are currently 75,000 children in the care of the state in England, 75% of whom are in foster care. Around 7,000 children live in children's homes, the majority of which are owned and run by the independent private sector (not the state). It is legally permissible for private companies to profit from independent fostering, children's homes, and from independent non-maintained special school placements for children with complex special educational needs and disabilities.

Social work is a registered profession. Largely degree level entry although more diverse routes into social work



are being developed. Social workers can be struck off the Register if they are found to be unfit to practise. Social work is one function of the ways in which vulnerable children, young people and their families are supported. Social work cannot address all of society's ills but as you all know social work seeks to bring about meaningful change and sustainable improvements in the lives of children. This is complex work undertaken in the full beam of public, professional and political scrutiny. I said earlier that social work is devolved to LAs. So too are wider children's services. The Department for Education (DfE) is the principal responsible central government department, though nine others have some aspect of children's policy in their remits – this makes for rather messy, complex and often inefficient and duplicative relationships between central and local government. It also mitigates against a system-wide

holistic approach to policy making for children. Children's services are highly regulated and frequently inspected by Ofsted and scrutinised by a plethora of commentators. It sometimes feels like there are more watchers than doers in this business. The multiplicity of central government departments with a finger in the pie is reflective of the fact that safeguarding and protecting children, promoting their health and wellbeing can only be achieved successful through the coordinated efforts of people working in a range of agencies across different professional disciplines – lead by the LA. Social workers keep many thousands of children safe every day but unfortunately sometimes things go wrong, and children are abused, exploited, physically and mentally hurt and sometimes killed at the hands of trusted adults. This is sadly not a new phenomenon. You may be aware that a few years ago

the Independent Inquiry into Child Sexual Abuse was established in England. Its remit is vast but largely focussed upon allegations of non-recent abuse. Despite the historical perspective of the inquiry, which is examining some allegation from 50 or more years ago, the Inquiry is likely to make recommendations in relation to today's social work practice. It is possible that one such recommendation will be for the mandatory reporting of child sexual abuse. As you might imagine, the jurisdictions around the world that have mandatory reporting requirements (accompanied by professional and even criminal sanctions) have not found it to be a panacea. I mention this because, as you will see in a few minutes when I talk about the current demand pressures on our services, a political decision to make reporting of abuse mandatory would threaten to engulf an already overwhelmed system of initial contacts, referrals and assessments.

I'm sure you have been waiting for me to mention the 'B' word – Brexit or EU Exit.

Brexit is the biggest and most nebulous political cloud that has been all-consuming for UK national politicians for the last three years. Domestic policy-making has been on hold and there seems little prospect of the UK Parliament's legislative timetable making space for anything other than Brexit-related matters for the foreseeable future.

What it will mean for social work is hard to say. It is certainly generating uncertainty in communities across the UK. It will impact upon the social work workforce, although perhaps more in adults social work than in children's.

There are approx. 1 million children who are either EU citizens or UK born of EU national parents of whom c. 3,000 children are looked after.

Social workers are helping looked after children to get EU Settled Status. So, that's a snapshot of some of the political factors at play that have and will continue to impact upon social work. I want to move on to talk now about the demand and funding pressures that we are experiencing right now in the UK in relation to children's services.

Safeguarding Pressures

ADCS now has data covering a decade's worth of safeguarding and child protection activities.

Put simply, demand for our services has risen, whilst resources have diminished. It's the perfect storm, storing up trouble for tomorrow.

Let's have a look at some of the numbers:

Changes over the last 10 years and forecasts to 2023

from 2008 - 2018:

- Initial contacts increased by 78%
- Referrals up 22%

- Section 47 child protection enquiries up 159%
- Children subject of child protection plans up 87%
- Children looked after up 24%

It is possible to forecast demand for some aspect of activity covered by our research:

- Referrals could be as high as **716,000** by 2023
- There will be more children in need, possibly as many as **758,000** by 2023
- There will be more children who are subjects of S47 child protection enquiries. There could be as many as **250,000** by 2023
- We will have more children subjects of a child protection plans. There could be as many as **66,000** by 2023
- We will have more children looked after. Could be as many as **81,000** by 2023

These basic forecasts based on historical trends confirm a national picture of increasing demand.

What's driving increased demand?

To answer this question we need to look briefly at the social context impacting upon the lives of children, young people and their families today.

Increases in the size of the population that children's services support

- The child population aged 0 – 17 grew by 6.4% in the last decade (to 11.87m). Population is projected to increase further, to 12.5 million by 2025, but there are regional variations.
- In addition there are just under 5 million young people aged 18-24.
- 18-25-year olds fall firmly within the purview of children's services if they are care leavers or if they have an Education Health & Care Plan (EHC Plan), the education component of which continues to age 25.

Wider societal determinants, such as poverty driven by cumulative impact of welfare reforms, insecure work (e.g. zero hours contracts), lack of affordable rented housing lead to an increased risk of strained, poor-quality family relationships, which in turn increases the risk of poor-quality parenting, parental mental ill-health and emotional distress.

- The cumulative impact of these factors affects children's wellbeing, which in turn affects their outcomes and life chances. If these factors are not addressed by government, we will see more and more children and families needing the help of the state.

Triger trio – this refers to parental mental ill-health, domestic abuse and substance misuse which are increasingly prevalent as presenting issues in social work assessment.

Contextual complex safeguarding

– refers to the newer and greater risks that children face outside the family home, such as county lines drug smuggling and other forms of child criminal exploitation, CSE, FGM, forced marriage, gang-related activity, serious youth violence.

The ripple effect – cuts in the funding of other vital public services, such as schools, police, impact on children's lives and outcomes.

- **Cuts to early help services for children & families** are driving demand for other higher tier services.
- **The perverse incentive** of a high-stakes accountability regime in schools (one that seeks the dogged pursuit of exam attainment) coupled with cuts in school funding, can make it 'cheaper' for a school to exclude a pupil and pass the costs on to the LA for the provision of alternative education than to keep the pupil in mainstream school and attempt to meet their needs. Exclu-



ded pupils are more vulnerable to a whole range of risks .

Legislation and funding – one could go on at length as to the nature and extent of under-funded new burdens arising from changes to legislation and the 49% reduction in LA funding since 2010. But I shan't do so here; I shall come back to it in a moment.

Top 4 funding pressures for children's services

1. Placement costs for children looked after – many have postulated that our care system is in 'crisis'. ADCS does not agree. Care works for the majority of children in it. For me, there's no right number of children in the care system. The question is have we got the right children in care and in the right placements? It seems obvious to suggest that if this is our biggest financial pressure then we should

reduce the numbers of children looked after. ADCS would suggest that the cost of placements, particularly in the independent provider sector, needs to be managed. It turns my stomach to think that it is possible in this country to make private profit on the backs of vulnerable children. I would like to see legislation that forbade this private profiteering.

2. SEND and High Needs Spending

– this will break the bank for almost every LA in England within the next 18 months. Unless the UK government makes an immediate and substantial investment of new money, the **high needs spending deficit across England's 151 top tier LAs will be £1.2 to £1.6 billion by 2021. It's hard to make savings because:**

- LAs have all the responsibility for maintain high needs expenditure within budget and yet have almost

no hard levers with which to affect this because 85% of high needs expenditure is tied to individual pupils and placements.

- SEND legislation and the weight given to parental preference fetter LAs ability to maintain a threshold for undertaking EHCP assessments or control the trends into increasingly specialist (and therefore extremely expensive) placements. Of course parents want the best for their children, but, the best provision for the child concerned may not always be the most expensive.
- The limitations on creating new provision leave LAs overly-reliant on the non-state sector when maintained special schools become full. LAs are not allowed to open new maintained schools of any description.
- There's a strong correlation between levels of deprivation in a local area and levels of SEND. Additionally, there are distinct trends that

mean children and young people are presenting higher levels of need: **advances in medical science** mean longer life expectancy for those with life-limiting condition, greater survival rates of premature babies, and greater understanding of conditions such as ASD; **impact of adverse childhood experiences** on children's social and emotional mental health needs.

3. Cumulative impact of welfare reform – poorer families with children get a larger share of their income from benefits so they are more exposed to the impact of benefit cuts, larger families especially affected by the limiting of means-tested benefits to two children.

4. LA spend on agency social workers – within ADCS we have long supported our members' work in establishing regional agreements on capping the rates of pay for agency social workers. There is a place in the market for agency social workers, but we are working hard to limit their use and cost.

How big is the funding gap in children's services?

The figures on the slide speak for themselves. The gap is real, it's significant and if left unaddressed, vulnerable children and families will suffer even more.

Children's services cannot become an emergency service yet without significant government investment LAs will be forced to make counter-intuitive cuts.

LA children's services must be resourced to allow for a focus on prevention as well as meeting statutory duties to protect and safeguard children. Change of this magnitude takes time...longer than a Parliamentary cycle. And it takes political will, something that's been sorely lacking since the UK referendum to leave the EU

The work of ADCS

ADCS is the national leadership association for DCSs and their senior teams. We do not represent social workers, but our members are responsible for creating the conditions within which social work, and all our other work with vulnerable children, young people and their families, can flourish. The leadership and management of children's services departments in LAs in England is judged by our inspectorate Ofsted on whether DCSs as leaders understand, create and maintain environments in which social work can flourish.

ADCS members are champions for children. As such the Association 'speaks truth to power' without any unnecessary shroud-waving. To that end we only working with the serving government. We also work with the leadership bodies for police, health and schools, children's charities, inspectorates & regulators, academics, think tanks, research institutes and the media.

Often, we find ourselves saying the same thing, over and again, given the crowded stage of national and local actors in the children's services world

The important of leadership

The Children Act 2004 created the statutory role of the DCS – a single unbroken line of sight on improving outcomes for children and protecting them from harm.

I mentioned earlier the necessity for multi-agency cooperation. The DCS must lead these arrangements seamlessly across the various systems that make up the complex local ecologies in our communities.

The conditions within which social work can flourish need regular tending and nurturing.

It is critical for senior leaders to sat connected with the front line of social work in order to

- Hear directly the voice of social work,
- Understand properly the experience of the front line,
- Undertake regular social work 'health checks'.

A leader must then connected all of the intelligence and learning garnered from the front line to inform strategic work.

Strong, visible and authentic leadership is in my 10 years' experience of being a Director essential to drive continuous improvement with a relentless focus on the basics.

A well-developed sense of personal agency and integrity are essential ingredients of authentic leadership.

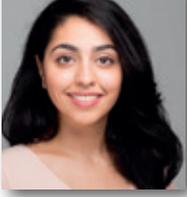
Authentic leadership needs to be underpinned by a clear and readily articulated vision including the theoretical model of evidence-based social work practice in operation in one's LA.

Staying connected with the lived experiences of children, young people and families keeps your leadership real. It is vital as leaders that we give voice to children's real-life experiences and in doing so we must sometimes burst bubbles.

Thank you for listening. If we have time, I would be happy to answer any questions you may have.

Rachel Dickinson

Executive Director People, at Barnsley Metropolitan Borough Council. Rachel Dickinson joined Barnsley MBC in 2013 as the Director of Children's Services and took on responsibility for Adult Social Care Services in 2015.



Keynote

“Unser Geld für unsere Leut’!”

Text: Mahsa Ghafari

Das Sündenbock-Narrativ der Rechtspopulisten und wie es entzaubert werden kann.

In ihren Kampagnen bedienen sich rechte Parteien ständig der bekannten Figur des Sündenbocks, der von Sozialleistungen der braven Steuerzahler*innen lebt, aber auch Lohn-dumping verursacht, kriminell ist, Integration verweigert und überhaupt für vieles verantwortlich gemacht wird. Er dient als Projektionsfläche für Wut über unterschiedlichste Problematiken und ist er als Schuldiger einmal „enttarn“, kann man sich neben ihm als Retter inszenieren.

Diese vereinfachte Erzählung gibt für alle Probleme eine einzige Ursache an: Zuwanderung. Geht es um Krankenversicherung, ist von Ali und seinem Cousin, den Betrügern, die Rede. Geht es um die Familienbeihilfe, wird ein kopftuchtragendes Mädchen mit dunkler Hautfarbe abgebildet und beim Thema Flucht wird darum gestritten, wer am besten den Flüchtenden die Wege abgeschnitten hat, „zum Schutz“ der Bevölkerung. Statt von Krieg, Elend und Vertreibung ist von „Wirtschaftsflüchtlingen“ die Rede, statt Solidarität heißt es Abschottung.

Durch die so betriebene Spaltung schreitet die Empathielosigkeit gegenüber Menschen in prekären Lebenssituationen voran. Ist die Verdrehung der Tatsachen vollbracht, können der Sozialstaat oder Gesetze zum Schutz von Arbeitnehmer*innen hinter dem Schleier der künstlich erzeugten Angst abgebaut werden. Die Ursachen im System, die soziale Ungerechtigkeiten in einem reziproken Verhältnis möglich machen, bleiben verborgen und von der Kritik weitgehend unangestastet.

Menschen nehmen Missstände wahr und empfinden vieles als ungerecht, zum Beispiel die massiv ungerechte Verteilung von

Reichtum, den steigenden Druck in der Arbeitswelt, unsichere Pensionen, steigende Mieten, Armut trotz Arbeit. Gleichzeitig schreiten Veränderungen wie im Bereich der Digitalisierung rasant voran. Das führt zu Überforderung und einer Zunahme an psychischen Belastungen.

Einfache und bequeme Antworten sind im Alltag willkommen, da es vielen Menschen an Zeit und Nerven fehlt, sich mit Politik auseinanderzusetzen. In diesen Antworten sind es nicht etwa profitorientierte Unternehmen, die aus Eigeninteresse die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte verschlechtern sowie eine Politik, die das ermöglicht, sondern Migrant*innen, die bereit sind für weniger Lohn zu arbeiten. Statt Zusammenschluss aller Arbeitnehmer*innen mit gemeinsamen Forderungen nach gerechter Verteilung, wird die Wut umgelenkt auf eine Gruppe, die als Sündenbock herhalten muss. Das führt zu einer zunehmend ablehnenden Einstellung und Ängsten vor dem Thema Migration. Gleichzeitig bietet die rassistische Spaltung eine konstruierte Identität an, die es zu verteidigen gilt und gaukelt dabei Zusammengehörigkeitsgefühl und Hoffnung vor.

Dass die Masche mit dem Sündenbock so gut funktioniert, hat also nicht nur sozio-ökonomische Ursachen, sondern auch mit vorhandenen rassistischen Haltungen und dem Gefühl kultureller Überlegenheit zu tun. Dadurch steigt die Zustimmung für diskriminierende Politik – ein an-



schauliches Beispiel ist der immer lautere antimuslimische Ton in politischen Debatten. Wie eine aktuelle Studie zeigt, sind 70% der Befragten der Meinung, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt und 45% finden, dass Muslime nicht die gleichen Rechte haben sollten, wie alle anderen Menschen in Österreich. Die größtenteils unkritische mediale Berichterstattung über die Studie und der fehlende Aufschrei unterstreicht zusätzlich, die Tiefe der Problematik.

Eine weitere Erklärung für den Erfolg der Sündenbock Erzählung liefert die Kognitions- und Ideologieforscherin Elisabeth Wehling, die sich mit den neurobiologischen Aspekten der Meinungsbildung auseinandersetzt: rassistische Vorurteile, die in politischen Diskussionen angeheizt werden, führen zur Festschreibung rassistischer Denkmuster im Gehirn. Dabei bahnen sich emotional aufgeladene Lügen, je häufiger sie gehört werden, ihren Weg durch sogenannte Einschleifprozesse in den Kopf. Auf diese physisch angelegten, eingewöhnten Deutungsmuster kann immer schneller zurückgegriffen werden, anstatt weitere Denkanstrengungen zu betreiben. Die falsche Schuldprojektion setzt sich mit der Zeit in den Köpfen fest, sodass Richtigstellungsversuche auf immer größeren Widerstand stoßen.

Dass auch andere, nicht rechte Parteien aus Angst vor Stimmverlusten teilweise rechte Rhetorik nachahmen bzw. ihre Kritik darüber eher gering ausfällt, führt zu einer weiteren Verhärtung bereits vorhandener rassistischer Denkmuster und fremdenfeindlichen Haltungen. Um einer problematischen Entwicklung entgegenzuwirken, müsste in öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Unternehmen, Gewerkschaften usw. verstärkt die Sensibilisierung für rassistische Vorurteile gefördert werden. Nur

durch bewusste Auseinandersetzung können vereinfachte, rassistische Narrative auf weniger fruchtbaren Boden fallen und an Wirkung verlieren.

Bewusste Sprachkritik als Ausweg

Es sei möglich, so Wehling, Menschen mit Gegenentwürfen von politischen Narrativen und Schlagwörtern abzuholen, die empathiefördernd formuliert sind und die Aufmerksamkeit auf die tatsächlichen Ursachen für Missstände lenken. Der Ausdruck "Flüchtlingskrise" zum Beispiel lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Individuum (Flüchtling) als Auslöser einer Krise. Stattdessen könnten Begriffe verwendet werden wie "Schutzsuchende", "Vertreibungs-" oder „Kriegskrise“. Das schärft auch die Erkenntnisfähigkeit von zwielichtigen Formulierungen, was sehr notwendig erscheint.

Sensibilisierung zum richtigen Umgang mit Medien

Die Verbreitung von politischen Lügen ist äußerst gefährlich und kann langanhaltende Veränderungen im Denken und in der Wahrnehmung hinterlassen. Daher gilt es mehr Raum zu schaffen für Diskussionen zum richtigen Umgang mit Medien bzw. Falschmeldungen, sowie die Vermittlung des wichtigen Stellenwerts von Fakten-Checks. Die Förderung der kritischen Fähigkeiten zum Erkennen von verhetzenden Inhalten und vor allem die Benennung und Einordnung von Rassismus, sollte fixer Bestandteil sein in Bildungs- und Fortbildungsplänen.

Zusammenhalt stärken

Angesichts der häufigen Spaltungsversuche stellt sich die Frage, wie der Zusammenhalt in der Bevölkerung gestärkt werden kann. Eine Möglichkeit wäre daran anzuknüpfen, wie durch

die Beschlüsse der türkis-blauen Koalition zunehmend die Gesinnung dahinter deutlich wurde: eine herabschauende Einstellung gegenüber Menschen in ökonomisch schwächeren Verhältnissen oder schwierigen Lebenssituationen. Durch Äußerungen wie jene der ehemaligen Sozialministerin, Beate Hartinger-Klein, dass Menschen von 150€ monatlich leben könnten oder von Sebastian Kurz, der glaubt, arbeitslose Eltern würden morgens nicht mit ihren Kindern aufstehen, zeigte sich klar das mangelnde Wissen über die Lebensrealitäten von Menschen. Zugleich war aus dem Regierungsprogramm deutlich zu erkennen, dass sie die Interessen der sogenannten Eliten vertritt und es letztendlich um einen Verteilungskampf geht.

Mahsa Ghafari

ist Menschenrechtsaktivistin und Schauspielerin. Sie setzte sich bereits im Laufe ihres Studiums (Internationale Entwicklung) in mehreren zivilgesellschaftlichen Initiativen für soziale Gerechtigkeit und gegen rassistische und geschlechterspezifische Diskriminierung ein. Unter anderem gründete sie den Verein Flucht nach Vorn mit, der 2015 mit dem Ute Bock Preis für Zivilcourage gewürdigt wurde, rief 2017 gemeinsam mit Mitstreiterinnen zum Global Women's Strike auf und nahm in den letzten Jahren an zahlreichen politischen Diskussionen teil. Seit 2012 ist Mahsa Ghafari Vorstandsmitglied der Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch.



Keynote

Ein soziales Europa ist möglich!

Text: Ana Radulescu, President IFSW Europe (Übersetzung: Herbert Paulischin)

Die junge Generation von Sozialarbeiter*innen ist die Speerspitze des Wandels

Im Laufe der Jahre haben Sozialarbeiter*innen in Europa gemeinsame Projekte und Dienstleistungen entwickelt, die den Umfang der benötigten Ressourcen vergrößerten und die Lösungen erweiterten, die sie für bedürftige Menschen anbieten konnten. Angesichts der wachsenden sozialen Krise in Europa wissen wir heute, dass grenzüberschreitendes Arbeiten der beste Weg ist, um Armut zu verringern und Diskriminierungen in Europa abzubauen. Soziale Probleme kennen keine Grenzen – daher sollten die Lösungen auch keine Grenzen haben. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und das Verständnis für das multikulturelle Umfeld sind in der Sozialarbeit unabdingbar.

Sozialarbeit ist heute ein internationaler Beruf. Viele Strukturen und Prozesse der EU wirken sich auf kommunaler Ebene aus. Die in einer Gemeinde umgesetzten Sozialpolitiken wirken sich auf andere Gemeinden und Regionen aus. In Anbetracht dieser komplexen und sich schnell ändernden Bedingungen übernimmt die IFSW Europe eine große Verantwortung bei der Erleichterung des Austauschs von Wissen und bewährten Verfahren. Wir haben uns verpflichtet, diese Lernerfahrung an unsere jungen Kolleg*innen und Studierende der Sozialarbeit weiterzugeben.

Es liegt in unserer Verantwortung,

unserer jungen Generation von Sozialarbeiter*innen eine klare Vision und eine praktikable Strategie anzubieten und sie in die Lage zu versetzen, die soziale Säule der EU („Social Pillar“) in eine Realität für die Menschen zu verwandeln, und dass Fachkräfte der Sozialarbeit Reformen und politische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene vorantreiben. Es ist jetzt entscheidend, dass die IFSW Europe dafür sorgt, dass sie bereit sind, sich jetzt zu engagieren und zu unserer Speerspitze für Veränderungen zu werden.

Aus diesem Grund haben wir Studierende der Sozialen Arbeit ermutigt, an der IFSW European Conference teilzunehmen. 1999 wurde der erste Student*innentag erfolgreich im Rahmen der IFSW-Europakonferenz in Helsinki organisiert. Die Idee wurde 2001 in Wien/ Bratislava und 2003 in Kopenhagen fortgesetzt. Aufgrund des damaligen Fehlens einer entsprechenden Bildungseinrichtung (Universität) bot die Konferenz in Zypern 2005 kein spezielles Programm für Studierende an. In diesem Jahr haben wir die Idee eines besonderen Schwerpunktes für Studierende wiederbelebt. Mit der Unterstützung des OBDS und Doris Stephan (Dozentin, FH Campus Wien) ist es uns gelungen, einen Student*innentag in Wien zu veranstalten. Studierende aus dem In- und Ausland hatten die Möglichkeit, nur am „Student*innentag“ teilzunehmen oder sich für die Hauptkonferenz anzumelden und den „Student*innen-

tag“ als einen der ausgelagerten Workshops zu wählen.

Wir haben den Student*innentag unter folgenden Gesichtspunkten organisiert:

1. Die Bedeutung des grenzüberschreitenden Austauschs von Wissen und Ressourcen.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf lokale Volkswirtschaften, Kulturen, Völker und Politik haben sich seit dem 20. Jahrhundert dramatisch beschleunigt. Soziale Probleme haben nicht mehr nur lokale Lösungen. Studierende der Sozialen Arbeit müssen auf diese Realität vorbereitet sein. Ich nahm am Student*innentag mit einem Team von Sozialarbeiter*innen teil, die ihre persönlichen Geschichten über die berufliche Praxis einbrachten. Wir ermutigten die Student*innen, die Vorteile einer Kombination aus Theorie im Unterricht und Aktivitäten vor Ort in einem internationalen Umfeld zu erleben. Wir alle teilten unsere Erfahrungen bei der Initiierung und Umsetzung grenzüberschreitender Projekte und boten ihnen die International Federation of Social Workers/ Europe als Plattform an, um die Grenzen des Lehrens, Lernens und der Bereitstellung praktischer Erfahrungen mit sozialen Diensten zu erweitern.

2. In junge Sozialarbeitskolleg*innen und Studierende zu investieren, ist eine Investition in die Gegenwart und in die Zukunft.

Ein aktives Engagement der Jugend als Stimme des Sozialarbeitsberufs ist der Schlüssel zur Entwicklung guter Qualität bei der Erbringung von Sozialarbeitsleistungen. Die Investition in die junge Generation der Sozialarbeiter*innen beginnt heute. Junge Kolleg*innen und Studierende der Sozialarbeit müssen sich heute mit der Gestaltung des Berufs und der Dienstleistungen der Sozialarbeit befassen. Sie müssen Führungsverantwortung übernehmen und in den wichtigsten Diskussionen darüber, wie wir Gesellschaften unterstützen, Gehör finden und sichtbar werden – nicht nur für die schutzbedürftigen und benachteiligten Gruppen. Es ist unsere Aufgabe, ihnen alle Chancen aufzuzeigen und sie in die Arbeit der IFSW Europe einzubeziehen.

Als Präsident der IFSW Europe wurde ich eingeladen, über Herausforderungen für die Sozialarbeit als Menschenrechtsberuf zu sprechen. Ich habe Geschichten erzählt, in denen es darum ging, Menschen zu befähigen, ein Leben in Würde zu führen und Bedingungen zu schaffen, unter denen Einzelpersonen Selbstwertgefühl und persönliche/ emotionale Sicherheit entwickeln können. Dies hat sich als unabdingbare Voraussetzung für eine integrative Gesellschaft und eine nachhaltige Entwicklung erwiesen. In reichen und armen Ländern hat der Angriff auf die Menschenwürde enorme Auswirkungen. Dies betrifft die persönliche Autonomie und gefährdet darüber hinaus die Fähigkeit der Menschen, autonome Entscheidungen über ihr Leben zu treffen. Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde sind zentrale Bestandteile der Sozialarbeit. Als Sozialarbeiter*innen riskieren wir, dass wir unsere Mission zum Abbau von Benachteiligungen und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit nicht erfüllen, wenn es uns nicht gelingt, den Menschen bei der Wiederherstellung ihrer Würde zu helfen.



Ich brachte junge Sozialarbeiterinnen (Adriana Sălcianu und Madălina Manea) mit, die über ihre eigenen Erfahrungen bei der Änderung der Bedingungen für die Bereitstellung sozialer Dienste sprachen, um besser auf den Zugang zu und die Nutzung von Ressourcen zum Wohl der Menschen zu reagieren. Ich habe auch Sozialarbeiter mit viel internationaler Erfahrung in der Sozialarbeit mitgebracht (Rory Truell und Herbert Paulischin).

Wir alle teilten mit den Studierenden unsere Erfahrung beim Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Unterstützung für Menschen, ihre Würde wiederzugewinnen. Wir hörten den Studierenden auch zu, wie sie die Entwicklung der sozialen Dienste sehen und verstehen. Die Studierenden stellten uns vor, wie sie Informationen und Evidenz sammeln und einen geeigneten Unterstützungsdienst für diejenigen aufbauen können, die im WWW dem Risiko der Suizidalität ausgesetzt sind. Die Studierenden (Christian Heiling, Verena Hrdlicka, Ruth Perfler, Joachim Schmid) von der FH Campus Wien vermittelten uns ein Verständnis dafür, wie zukunftsorientierte Unterstützungsleistungen gestaltet werden müssen und wie traditionelle Barrieren überwunden werden können. Die größte Herausforderung wird darin bestehen, Technologien einzubeziehen und zu nutzen, wie junge Sozialarbeiter*innen Technologien adaptieren und für die Bereitstellung sozialer Dienste nutzen. Darüber hinaus müssen junge Sozialarbeiter*innen den Transfer so gestalten, dass niemand zurückbleibt

und soziale Dienste in ihrer „virtuellen Realität“ zugänglich werden. Was mich an ihrem Vortrag sehr gefreut hat, ist die Tatsache, dass Studierende der Sozialen Arbeit den Grundstein für die Erforschung und Lösung von Problemen gelegt haben, die auf den beruflichen Werten und ethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit beruhen und sich darauf beziehen.

Die Open-Space-Diskussionen konzentrierten sich auf für die Studierenden wichtige Themen und deren Fragen.

Der Student*innentag endete mit der Kabarettshow „HOMO ASSOCIATIS“ Future in Social Work von Stefan Trenker & Alois Huber. Es erzählt die Geschichte zweier mutiger Sozialarbeiter, die das Jahr 2039 bereisen, um einen Einblick in die mögliche Zukunft der Sozialarbeit zu erhalten.

Ich danke ... der FH Campus Wien: Brigitta Zierer (Abteilungsleiterin), Doris Stephan (Dozentin) und Stephanie Steyrer („Wir Zusammen“, Pioniere des Wandels) für die Führung durch den Tag und die Bewirtung!

Last but not least laden wir Studierende der Sozialen Arbeit aus Österreich und anderen europäischen Ländern ein, Teil des europäischen IFSW-Projekts zu werden: „Ein soziales Europa ist möglich! Die junge Generation von Sozialarbeiter*innn ist die Speerspitze des Wandels“.

(Informationen zu diesem Projekt, das im Jänner 2020 startet, werden auf <https://www.ifsw.org/regions/europe/> publiziert.)

„Homo a Socialis“ das Sozialarbeitskabarett

Text: Alois Huber und Stefan Trenker

Im Sozialarbeitskabarett „Homo A Socialis“, reisen Alois und Stefan in die Zukunft, um Einblicke in eine mögliche, futuristische Version Sozialer Arbeit zu gewähren. Von der Kurzfassung was sie über „Soziale Arbeit“ wissen sollten, bis hin zum „Institut für Restberufe“, im Jahre 2030, mit überraschenden Wendungen. Begleitet von Songs des Musikers Stefan Trenker, wird auf humorvoll tiefgründige Art und Weise manch aktuelles Thema - (Datenschutzblues) beleuchtet. Ihre Berufung haben die beiden im Kabarett auf jeden Fall gefunden.

Bei der IFSW Tagung beim Students day, am 10.09.2019, an der FH Wien war es jedenfalls eine gelungene Premiere.

Alois Huber arbeitet seit über 30 Jahren als Sozialarbeiter, Supervisor Vortragender, Dozent, Buchautor und Produzent elektronischer Musik.

Stefan Trenker, ebenfalls Sozialarbeiter, war jahrelang für die Robbie Williams Band und andere Superstars tätig, komponierte Radiohits, entschied sich aber letztlich für die bodenständigere Arbeit, die im Sozialbereich.





Erzähl mir was ...

Text: Mag.^a Karen Meixner und Mag.^a Monika Altenreiter, FH Joanneum - Institut für Soziale Arbeit, Graz

Storytelling: Warum Geschichtenerzählen wichtig ist...

Im Rahmen der IFSW Konferenz (9.-11.09.2019) haben wir einen Workshop zum Thema „Understanding Inclusion Through Storytelling“ abgehalten. Unser Ziel war es, den Teilnehmer*innen zu vermitteln, welche wichtige Bedeutung (unsere) Geschichten im täglichen Leben haben, welches Potential der Einsatz von Geschichten in der Sozialen Arbeit bietet, und auch daran zu erinnern, dass wir durch Erzählen und Zuhören etwas Wichtiges tun: die Verbindung zueinander stärken. Dies entspricht auch dem ersten Symposium der Konferenz, das von David N. Jones und Rory Truell zum Thema „Promoting the Importance of Human Relationships in Social Work“ abgehalten wurde und welches auch in der Global Agenda for Social Work and Social Development festgehalten ist.¹

Geschichten begleiten uns unser Le-

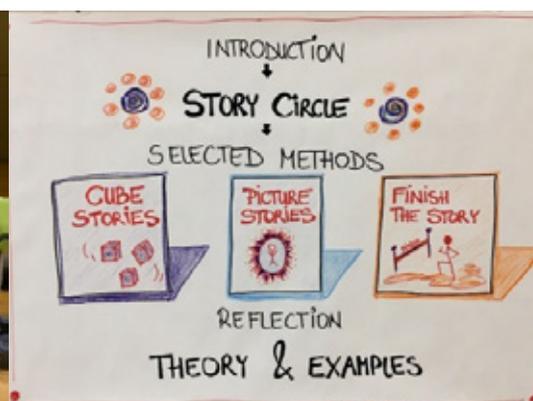
ben lang. Die Tradition des Geschichtenerzählens ist so alt wie die Menschheit selbst – wir finden sie in allen Kulturen, in jedem Zeitalter, in allen Ländern dieser Welt. So gab es laut Silke Bierhoff² zum Beispiel „professionelle Geschichtenerzähler im Orient, so genannte Griots in Afrika und [...] Inhalte wurden über Geschichten, Gleichnisse und Metaphern vermittelt“. Geschichten dienen und dienen nach wie vor der Sinnsuche, Identitätsstiftung und der Weitergabe von Normen und Werten.

Wir Menschen sind mit abstrakten Theorien und nüchternen Fakten oft überfordert. Vielmehr verstehen und begreifen wir die Welt in Form von Bildern, Metaphern, Beispielen – oder eben Geschichten. Wir gehen sogar so weit und sagen, dass wir unsere Welt ohne Geschichten ganz einfach nicht verstehen würden. Geschichten sind omnipräsent: Wir finden sie in unseren Zeitungen, im Fernsehen, am Spielplatz, im Schulhof, in Lieder-

texten, Computerspielen, in Sportberichten, Wahlkämpfen, ja sogar, wenn wir schlafen, werden wir von den Geschichten unserer Träume begleitet.

Soziale Arbeit und Storytelling – Unser Workshop

Geschichten verbinden und fördern Gemeinschaft, sie erlauben uns, die Welt durch die Augen anderer zu sehen. So wird zum Beispiel die Methode des „Story-Circles“ in konflikthaften Situationen erfolgreich eingesetzt. Durch das Zusammenkommen der in einen Konflikt involvierten Personen, können diese ihre Erfahrungen schildern. Durch das gegenseitige Erzählen und Zuhören ist es möglich, scheinbar unüberwindbare Konflikte menschlicher zu machen, indem Verständnis und Empathie gefördert werden. Ein Beispiel dafür ist ein Workshop mit jüdischen und palästinensischen Studierenden, der an der Ben Gurion University in Tel Aviv abgehalten wur-



de.³ Die Teilnehmer*innen unseres Workshops konnten die Methode des „Story Circles“ selbst ausprobieren. Weitere Methoden, die vorgestellt wurden, waren: Geschichten erzählen mit dem Einsatz von Würfeln, Geschichten erzählen anhand von Bildern sowie eine Methode, die sich „Finish the story...“ nennt. Diese Methoden lassen sich vielfältig in der Praxis der Sozialen Arbeit einsetzen. Die Themenwahl, welche in unserem Fall „Inklusion“ war, kann natürlich, unter Berücksichtigung des Kontexts und der aktuellen Situation der Klient*innen, beliebig gewählt werden. So betont auch Bierhoff, dass nicht immer jede Geschichte passt und dass sowohl der Zeitpunkt als auch das Setting sorgfältig ausgewählt werden müssen.

Die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im sozialarbeiterischen Kontext wurden mit den Teilnehmer*innen besprochen. Zusätzlich zu der oben genannten Methode des „Story Circles“ in Konfliktsituationen erwähnt die Literatur weitere Beispiele, wie das Geschichtenerzählen mit geflüchteten Frauen⁴, Arbeit mit „Careleavers“⁵ (junge Menschen, die das staatliche Pflegesystem verlassen und die Möglichkeit bekommen, ihre Geschichte in eigenen Worten zu erzählen), Geschichten als Mittel, um Beziehungen aufzubauen⁶ oder um die eigene Lebensgeschichte reflektieren zu können, Geschichten als Katalysator, um mit Gefühlen in Kontakt zu kommen, Empowerment durch das Erzählen von Geschichten, sowie die eigene Geschichte (das eigene Narrativ) neu zu erzählen (*rewrite your narrative*).

Vor allem Letzteres hat schon Salman Rushdie betont⁷:

Diejenigen, die keine Macht über die Geschichte besitzen, die ihr Leben dominiert, die nicht die Kraft haben, sie neu zu erzählen, zu überdenken, zu demontieren und so zu verändern, wie sich auch die Zeiten ändern, sind in der Tat machtlos, weil sie nicht in der Lage sind, neue Gedanken zu denken.

In der Literatur wird vor allem auch betont, dass im Kontext der sozialarbeiterischen Beratung Geschichten vielfältig eingesetzt werden können. Zum Beispiel um Such- und Erkenntnisprozesse anzuregen, (indirekte) Lösungsvorschläge einzubringen, Perspektivenveränderungen anzuregen, Widerstände abzubauen oder um den Klient*innen eigene Ressourcen besser zugänglich zu machen.

Kontext	Methode	Ideen zur Anwendung
Tertiärer Bildungsbereich	Story Circle Würfeln Finish the Story	Nach absolviertem Praktikum Geschichten aus dem Praktikum teilen Alternative Lösungsansätze finden
Arbeit mit Kinder und Jugendlichen	Würfeln Picture Stories Finish the Story	Aufwärmübungen vor Diskussionen Einsatz bei Lernschwierigkeiten Gruppenbildend
Diverse Handlungsfelder	Story Circle Würfeln Picture Stories Finish the Story	Beziehungsaufbau Empowerment Bewusstseinschaffung Empathie fördern Dem Humor Platz geben
Selbstreflexion	Story Circle Würfeln Picture Stories Finish the Story	Eigene Stereotype reflektieren, mit welcher Brille betrachte ich die Dinge.
Forschung	Story Circle Narrative Therapie	Analyse und Reflexion der Geschichten.



Am Ende des Workshops war es uns sehr wichtig die Gedanken der Teilnehmer*innen zu den angewandten Methoden zu erfahren, bzw. auch was sie aus dem Workshop in die tägliche Praxis mitnehmen können. Unter anderem wurden folgende Punkte rückgemeldet:

Unsere Erfahrungen mit den Methoden des Storytellings an der FH JOANNEUM sind durchaus positiv. Sollten Sie Storytelling in irgendeiner genannten oder uns noch unbekannt Form in Ihrer Praxis anwenden, freuen wir uns, wenn Sie uns davon berichten. Auch für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns unter folgenden E-Mail Adressen: karen.meixner@fh-joanneum.at; monika.altenreiter@fh-joanneum.at

¹ siehe: Global Agenda for Social Work and Social Development Commitment to Action (March 2012)

² siehe: <https://koeln.efl-beratung.de/infothek/fachartikel/>; 18. September 2019

³ see: <https://www.beyondintractability.org/audioplay/chaitin-j-1-reflectrtrust1>; <http://oralhistory-productions.org/articles/Bar-OnKassem.pdf>; 17. September 2019

⁴ Lenette, C., Cox, L. & Brough M. (2013). *Digital Storytelling as a Social Work Tool: Learning from Ethnographic Research with Women from Refugee Backgrounds*. British Journal of Social Work. pp. 1-18. OUP: British Association of Social Workers.

⁵ Riessman, C.K. & Quinney, L. (2005). *Narrative in social work – a critical review*. Journal of Qualitative Social Work. London: Sage Publications.

⁶ Peseschkian, Nossrat (2014). *Der Kaufmann und der Papagei. Orientalische Geschichten in der Positiven Psychotherapie*. Frankfurt: Fischer.

⁷ Rushdie, Salman (1991). *One Thousand Days in a Balloon*. In: *Imaginary Homelands: essays and criticism*. 1981 – 1991. London: Penguin. S. 104

Karen Meixner

ist hauptberuflich Lehrende am Institut für Soziale Arbeit an der FH JOANNEUM Graz mit Schwerpunkt internationaler Sozialarbeit. Sie ist Obfrau des Vereins IdK - Inklusion durch Kreativität und ehrenamtliche Bewährungshelferin beim Verein Neustart.

Kontakt: karen.meixner@fh-joanneum.at

Monika Altenreiter

ist Dozentin und Koordinatorin für internationale Beziehungen am Institut für Soziale Arbeit an der FH JOANNEUM Graz. Ihre Interessensgebiete sind internationale Sozialarbeit, soziale Arbeit in Film und Literatur sowie Alter und Altern in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Kontakt: monika.altenreiter@fh-joanneum.at



Supported and assisted parenthood

A missing link to implement human rights for persons with disabilities

Text: Mag.ª Eringard Kaufmann, MSc

Elternschaft von Menschen mit Behinderungen

Die Umsetzung des Art. 23 der Behindertenrechtskonvention, welcher Menschen mit Behinderungen die Achtung der Wohnung und der Familie garantiert, ist in der EU nur vereinzelt erfolgt. Elternschaft von Menschen mit Behinderungen war Thema bei einem inklusiven Symposium im Rahmen der Europakonferenz des ifsw in Wien am 10. September 2019, zu welchem ExpertInnen und Eltern mit Behinderungen ebenso eingeladen waren, wie der österreichische Behindertenanwalt. Mit diesem Thema beschäftigte sich auch das anschließende Treffen des Netzwerkes Selbstbestimmte Elternschaft und bei einem Thementisch der Tagung „Frauen mit

Behinderungen“ des Österreichischen Behindertenrates am 12. September 2019 ging es um das Thema „Mutter-schaft“.

Elternschaft von Menschen mit Behinderungen wird kaum aus menschenrechtlicher Perspektive betrachtet. Die Rechte des Art. 23 BRK sind MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendwohlfahrt selten bekannt und in der Behindertenhilfe gibt es nur vereinzelt Angebote für Eltern mit Behinderungen. Es sind zwar lokale Initiativen in Europa bekannt, aber politische Strategien zur Implementierung des Art. 23 der BRK konnten in Mitgliedsstaaten der EU nicht in Erfahrung gebracht werden. Daher ist die Wahrung dieser Rechte fast immer noch vom familiären und persönlichen Netzwerk der betreffenden Eltern abhängig. In der Folge sind Eltern mit Behinderungen öfter von der Fremdunterbringung der eigenen Kinder betroffen. In Österreich werden Kinder in vielen Fällen weit entfernt von den Eltern untergebracht. Die Eltern können dann den Kontakt wegen der hohen Fahrtkosten kaum oder gar nicht aufrechterhalten.

Forderungen und notwendige Maßnahmen zum Schutz des Rechtes auf Familie von Menschen mit Behinderungen sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene waren das Ergebnis der Veranstaltungen.

Working together with Parents Network

Als Beispiel guter Praxis wurde das „Working together with Parents Network“ durch *Beth Tarleton* (Universität Bristol) vorgestellt. Dieses hat es sich zum Ziel gesetzt, in England die Unterstützung von Eltern mit Lernschwierigkeiten zu verbessern. Dazu werden Fachkräfte unterstützt und Eltern mit Lernschwierigkeiten beratend eingebunden. Auf der Homepage des Netzwerkes werden Unterlagen und Forschungsergebnisse für die Arbeit zur Verfügung gestellt.

Eine Teilzeitmitarbeiterin übernimmt die politische Interessenvertretung der Eltern. Sie sensibilisiert für deren Anliegen in der Fachöffentlichkeit und Gerichtsbarkeit und macht die erarbeitete Good Practice Richtlinie bekannt.

Über das Netzwerk erhalten Eltern rechtliche Beratung und Vertretung vor Gericht, wenn dies erforderlich ist. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kommunikation auf Augenhöhe erfolgt.

Das Augenmerk liegt auf der benötigten Unterstützung und dem, was verändert werden kann. Erst danach wird die Erziehungsfähigkeit der Eltern beurteilt. Es ist entscheidend, dass die Unterstützung früh beginnt. Das bedeutet, dass diese bereits vor der Geburt einsetzen und bei Bedarf auf Dauer angelegt sein kann. Die Unterstützung hat achtsam und re-

Artikel 23 Achtung der Wohnung und der Familie

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen in allen Fragen, die Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaften betreffen...

spektivoll gegenüber den Eltern und deren Beziehung zum Kind zu erfolgen. Eltern werden als Ressource und nicht als Problem gesehen und es wird die gesamte Familie gefördert. So werden Fähigkeiten weiterentwickelt und das gesamte familiäre Umfeld und die Nachbarschaft einbezogen.

Dienstleistungen werden lokal durch virtuelle Teams weiter entwickelt und das Kindeswohl wird ins Zentrum gestellt.

Durch die Arbeit des Netzwerkes gelingt es, dass sich die Praxis im Sinne der Richtlinie des Netzwerkes verbreitet und so das Verständnis für diese besonders verletzbare Gruppe von Eltern erhöht wird und kommunikative Barrieren für diese beseitigt werden.

Eltern mit Lernschwierigkeiten in Österreich: Forschung beginnt die Lücke zu füllen

Rahel More (Universität Klagenfurt) forscht aktuell zur Situation von Eltern mit Lernschwierigkeiten in Österreich, wo es sonst keine aktuellen Forschungsergebnisse zum diesem Thema gibt.

Die wachsende internationale Forschung in verschiedenen Ländern ergab, dass Eltern mit Lernschwierigkeiten öfter von der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden als andere Eltern. Demgegenüber ist ebenfalls bekannt, dass Intelligenz keine Auswirkung auf die Fähigkeit hat, Vater oder Mutter zu sein.

Ausgegangen wird davon, dass sowohl Elternschaft als auch Lernschwierigkeiten sozio-kulturelle Phänomene seien. Elternschaft fände nicht isoliert statt, sondern sei ein Ergebnis sozialer Netzwerke. Elternschaft werde von Eltern unterschiedlich erlebt und habe auch eine kollektive Dimension.

Die Frage der Dissertation ist, was es in Österreich bedeute, als Elternteil eine Lernschwierigkeit zu haben. Dies

wird sowohl aus der Perspektive der Eltern als auch aus jener der ProfessionistInnen beleuchtet.

Dazu wurden bereits Elterngespräche in ganz Österreich mit zehn Müttern und Vätern geführt, deren Kinder zum Teil bereits erwachsen waren. Drei davon lebten aktuell mit den Kindern, ebenso viele hatten früher mit den Kindern und vier hatten niemals mit den Kindern gelebt. Die Eltern lebten in Partnerschaft oder waren Alleinerziehende. Alle hatten Kontakt mit der Kinder- und Jugendhilfe gehabt und waren von Armut betroffen.

Über die Erfahrungen der befragten Eltern ist zu sagen, dass sie gerne Eltern waren und Kinder auch als herausfordernd erlebten. Sie nahmen sich selbst zwischen kollektivem Empowerment und internalisiertem Ableismus wahr. Es war ihnen wichtig, dass die Kinder eine gute Bildung erhalten. Die sozialen Netzwerke erlebten sie ambivalent

zwischen Konflikt, Hilfe und Advocacy. Die Kinder- und Jugendhilfe war einerseits ein hilfreicher Ort und andererseits Kontrolle bzw. Bedrohung für die Familien. Die Eltern berichten demgemäß auch von Ohnmachtserfahrungen gegenüber diesem System.

Bei Trennung von den Kindern suchten sie andere Wege für ihre Elternschaft oder gingen in den Widerstand. Auf Grund finanzieller Probleme

sind Besuche bei den Kindern bei weitem entfernter Unterbringung kaum möglich.

Die Eltern berichteten, dass sie fortgesetzte Diskriminierung, Anklage und die Missachtung ihrer Elternrolle erleben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass einerseits fehlende Unterstützung berichtet und andererseits flexible und dauerhafte Unterstützung als hilfreich wahrgenommen wurde.

Mütter und Väter mit Lernschwierigkeiten sind stolz Eltern zu sein und wissen, dass sie Unterstützung brauchen und ein Recht darauf haben.

Profis der Sozialen Arbeit erleben systemische Mängel, was es ihnen erschwert, adäquate Hilfe für diese Eltern und ihre Kinder anzubieten.

Der Abschluss der Forschung durch Rahel More ist für das Jahr 2021 geplant.

From **FEAR** to **TRUST** to **COOPERATION**
20.-22. MAI 2020 • LINZ/DONAU
6. INTERNATIONALE KONFERENZ

Neue Autorität & gewaltfreier Widerstand in Beziehungen und Gesellschaft

PRÄSENTATIONEN • DISKUSSIONEN • WORKSHOPS
Infos und Anmeldung auf www.nvr2020.com

Veranstaltungsort: Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz • Salesianumweg 3, 4020 Linz

Organisation: **ina** Institut für Neue Autorität www.neueautoritaet.at Akademie Kind Jugend Familie

bezahlte Anzeige

Learning by Doing – Ein Bericht aus der Steiermark

Jugend am Werk Steiermark ist sowohl in der Behindertenarbeit als auch für die Kinder- und Jugendhilfe tätig. Dadurch ergab es sich, dass individuelle Lösungen für die Begleitung von Müttern mit Behinderungen gefunden werden konnten. *Elke Maurer* stellte die bisherigen Erfahrungen am Beispiel einer Frau dar, welche teilbetreut wohnt. Sie hat einen Sohn, der nunmehr bereits die Schule besucht. Es wurde auf die Anforderungen an die Mutter eingegangen, die sich der Entwicklung des Kindes entsprechend laufend verändern und Anpassungen der Unterstützung erforderlich machen. Nunmehr hat die Mutter auch ihre berufliche Tätigkeit in einer Gärtnerei wieder aufgenommen.

Jugend am Werk Steiermark ist dabei, dieses Angebot konzeptuell weiter zu entwickeln.

Diskussionen in den Workshops

Wesentliche Fragen der Diskussionen in den Workshops waren:

- Wie kann man sicherstellen, dass die Unterstützung kurzfristig dann verfügbar ist, wenn sie benötigt wird?
- Welche Angebote braucht es und wie können diese flexibel dem Entwicklungsstand der Kinder und den Bedürfnissen der Eltern angepasst werden?
- Wie kann man die unterschiedlichen Unterstützungssysteme (Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe) so zusammenbringen, dass diese gut zusammenarbeiten können?
- Wie kann man den Familienalltag von Eltern mit Lernschwierigkeiten einfacher gestalten?
- Wie kann sichergestellt werden, dass nicht zu viele Profis mit einer Familie arbeiten?

- Wie kann die Sicherung der Rechte bei meist knappen finanziellen Mitteln gelingen?

Ergebnisse der Podiumsdiskussion und Forderungen des Symposiums auf europäischer Ebene

Das Symposium endete mit einer Podiumsdiskussion, an welcher neben den bereits genannten Referentinnen auch *Bernadette Feuerstein* (Obfrau von Selbstbestimmt Leben Österreich), *Oswald Föllner* (Obmann von People First Vienna) und der Behindertenanwalt *Hansjörg Hofer* als InteressenvertreterInnen und ExpertInnen in eigener Sache teilnahmen.

Das Ergebnis der Diskussion wird im Folgenden kurz wiedergegeben. Zentral sei es für die Rechte des Art. 23 BRK, ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Durch politische Maßnahmen müsse die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Unterstützungssystemen sichergestellt werden. Erfahrungen aus der Praxis mit Persönlicher Assistenz von Eltern mit Mobilitätsbeeinträchtigungen, seien bei deren Weiterentwicklung zu berücksichtigen. Im Fokus stünden Bedürfnisse und Rechte und nicht die

Daher wurde gefordert, dass auf europäischer Ebene Schritte unternommen werden, welche die Umsetzung des Art. 23 der BRK ermöglichen.

Dazu ist es erforderlich Netzwerke zu fördern, welche auf Basis von guter Praxis Richtlinien bzw. Standards entwickeln und dabei InteressenvertreterInnen der Eltern mit Behinderungen von Beginn an inklusiv beteiligen. Diese Elternorganisationen benötigen dazu ausreichend Mittel und Unterstützung, um sich organisieren und vertreten zu können.

Kosten. Vernetzung und Interessenvertretung auf europäischer Ebene seien zur Umsetzung der Rechte der Eltern zentral.

Forderungen des Netzwerkes Selbstbestimmte Elternschaft für Österreich

Im Anschluss an das Symposium fand am 10. September 2019 ein Treffen des Netzwerkes Selbstbestimmte Elternschaft statt. *Karin Astegger* (EASPD) gab einen Input über die Förderungsmöglichkeiten der EU und wie diese allenfalls für die Vernetzung genützt werden könnten.

Da es in Österreich derzeit neben dem Netzwerk keine überregionalen Bemühungen gibt, Art. 23 der BRK umzusetzen, wurde gefordert, dass folgende Ziele mit geeigneten Maßnahmen und Indikatoren in den neuen Nationalen Aktionsplan Behinderung für den Zeitraum 2021 – 2030 aufzunehmen sind:

1. Hilfesysteme für Familien bzw. Eltern mit Behinderungen sind unter Einbeziehung von InteressenvertreterInnen der Menschen mit Behinderungen entwickelt.
2. Die Implementierung von Hilfesystemen, die das Recht auf Familie der Eltern mit Behinderungen absichern, ist österreichweit umgesetzt.
3. Eltern mit unterschiedlichen Behinderungen erhalten jeweils individuell angepasste und unterschiedliche Angebote.
4. Die notwendige Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit und von Fachkräften ist erfolgt.

Thementisch Mutterschaft bei der Tagung „Frauen mit Behinderungen“ des Österreichischen Behindertenrates

Im Rahmen der Tagung „Frauen mit Behinderungen“ des Österreichischen Behindertenrates am 12. September 2019 fand ein Thementisch zu Mutterschaft und Behinderungen statt.

Hier brachten sich vor allem Frauen und Mütter ein, die in der Behindertenszene engagiert und oft auch beruflich gut integriert sind. Deren Anliegen und Forderungen ergänzen das bisher Dargestellte um relevante Aspekte, da Diskriminierungserfahrungen und die Übergriffigkeit auf Grund von Vorurteilen sehr klar benannt werden konnten.

Schon kleinen Mädchen mit relativ geringen Mobilitätsbeeinträchtigungen werde beispielsweise erklärt, dass sie einmal keine Kinder bekommen könnten. Die eigene Herkunftsfamilie und das Umfeld wurden mit Aussagen wie, „das Kind wird dir ohnedies weggenommen“, zitiert.

Fortsetzung fanden diese Erfahrungen durch fehlende Barrierefreiheit in gynäkologischen Arztpraxen und oft fehlendem Fachwissen und Sensibilität auch bei Hebammen.

Frauen mit Behinderungen wurden auch bei der Kinder- und Jugendhilfe die Rechte gemäß Art. 23 der Behindertenrechtskonvention abgesprochen. Das habe vermehrte Kontrolle durch die Kinder- und Jugendhilfe, die Familie oder Väter zur Folge, was Stress auslöst und nicht als hilfreich erlebt wird.

Demgegenüber betonten die Frauen mit Behinderungen zu wissen, welche Unterstützung sie benötigten. Das beginne bei einer ausreichenden Versorgung mit Hilfsmitteln und reiche bis zu Persönlicher Assistenz. Diese Angebote, so die Forderung, sollten bereits zur Verfügung gestellt werden, ehe es Schwierigkeiten gäbe. Hier blieben Mütter mit Behinderungen aber meist durch die Frage der ungeklärten Zuständigkeit zwischen Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe auf der Strecke.

Beklagt wurde auch, dass die Rahmenbedingungen für Eltern in Werkstätten oft ungünstiger seien als dies an regulären Arbeitsplätzen der Fall sei.

Generell wurde thematisiert, dass es keinerlei Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für die Rechte der Mütter gäbe und mediale Darstellungen dazu in der Folge fast gänzlich fehlten.

Die Notwendigkeit, im neu zu erarbeitenden Nationalen Aktionsplan Behinderung, dazu sowohl Ziele wie Maßnahmen vorzusehen, wurde auch hier festgehalten.



SOZIALE ARBEIT an der FH Kärnten

AUF IN DEN SÜDEN!

SOZIALE ARBEIT: ENTWICKELN & GESTALTEN

- **Interessen nachgehen:**
vier Wahlmodule
- **Theorie & Praxis verknüpfen:**
gute Balance
- **Projekte entwickeln & umsetzen:**
über alle Semester

**Mehr Flexibilität dank
neuem Curriculum!**



www.fh-kaernten.at/soz-master

Literatur und weiterführende Links

Literatur:

Sigrid Arnade: „Ableismus erkennen und begegnen, Strategien zur Stärkung von Selbsthilfepotentialen“, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V., 2016 (2019-10-04: isl-ev.de/attachments/article/2056/ISL-Able-Ismus_Broschüre.pdf)

handicapforum 2016/4 „Mutterschaft mit Behinderung“ (2019-10-04: insieme.ch/wp-content/uploads/2017/02/handicapforum_Mutterschaft-mit-Behinderung.pdf)

Linda Kassoume (jetzt Schüchner): „Unterstützungsangebote bei Schwangerschaft und Elternschaft von Menschen mit Lernschwierigkeiten in Wien“, Diplomarbeit zur Erreichung des akademischen Grades Magistra (FH) für sozialwissenschaftliche Berufe 2006 (2019-10-04: bidok.uibk.ac.at/library/kassoume-schwangerschaft.html)

Rahel More: „Um eine gute Mutter zu sein, brauche ich meine Kinder - Mutterschafts- und Resistenzerfahrungen von Müttern mit Lernschwierigkeiten“, aep Informationen (Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft; M. Jarosch), 2019 (2019-10-04: bidok.uibk.ac.at/library/more-mutterschaft.html)

Ursula Pixa-Ketter, Kadidja Rohmann: „Besondere Familien – Welche Unterstützung brauchen Eltern mit Lernschwierigkeiten und ihre Kinder?“, Forschungsbericht entstanden im Rahmen eines Forschungsprojektes an der Universität Bremen, finanziert durch die Kroschke-Stiftung 2012 (2019-10-04 bidok.uibk.ac.at/library/pixa-familien.html)

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: BGBl 2016 III/105 (2019-10-04 ris.bka.gv.at/eli/bgbl/III/2016/105)

Volksanwaltschaft „Sonderbericht Kinder und ihre Rechte in öffentlichen

Einrichtungen“, siehe v.a. S 25, 2017 (2019-10-04 volksanwaltschaft.gv.at/downloads/4sjlu/Sonderbericht%20Kinder%20und%20ihre%20Rechte%20in%20öffentlichen%20Einrichtungen%202017.pdf)

Medienberichte:

ORF Punkt eins 26.3.2019: „Besondere Eltern“ (2019-10-04 <https://oe1.orf.at/programm/20190326/546749/Besondere-Eltern>)

Barrierefrei aufgerollt 15.4.2019: „Elternschaft mit Behinderung“ (2019-10-04: barrierefrei-aufgerollt.at/sendung-22-elternschaft-und-behinderung/#nachlesen)

Kleine Zeitung 10.5.2019: „Mutterschaft: Barbara Sima-Ruml: Ich will unbehindert Mutter sein“, 2019

(2019-10-04: kleinezeitung.at/lebensart/muttertag/5626073/Muttertag-Barbara-Sima-Ruml-Ich-will-unbehindert-Mutter-sein?fbclid=IwAR0hZQNLPtJs33ZleBSrQeWH1XAYk0n6tkVI8OwxwCL7EuUyrfO78Xzw)

Kleine Zeitung 22.1.2019: „Anwalt fordert Änderungen: Immer wieder Kindesabnahmen bei Eltern mit Behinderungen“ (2019-10-04 kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5566489/Anwalt-fordert-Aenderung-Immer-wieder-Kindesabnahmen-bei-Eltern)

ARD 14.9.2016: „Der alltägliche Kampf von Eltern mit Behinderung | Report Mainz“

(2019-10-04: [youtube.com/watch?v=HOfq3sPooUc](https://www.youtube.com/watch?v=HOfq3sPooUc))

ExpertInnen:

Karin Astegger (EASPD): easpd.eu/de/node/154, www.lebenshilfe-salzburg.at/internationale-projekte.html

Bernadette Feuerstein (SLIÖ – Selbstbestimmt Leben Österreich, Obfrau): sliö.at/vorstand

Oswald Föllerer (Vienna People First, Obmann): svz.wien/index.php/unsere-team

Hansjörg Hofer (Behindertenanwalt): behindertenanwalt.gv.at/behindertenanwalt

Rahel More (Universität Klagenfurt, Universitätsassistentin): aau.at/team/more-rahel/

Elke Maurer (Jugend am Werk Steiermark, Projektmanagerin): jaw.or.at/ueber-uns/mitarbeiterinnenuebersicht/?mitarbeiter=2137

Beth Tarleton (University of Bristol, Senior Research Fellow): bristol.ac.uk/sps/people/beth-j-tarleton/index.html

Netzwerke:

Working Together with Parents Network (viel Material): wtpn.co.uk

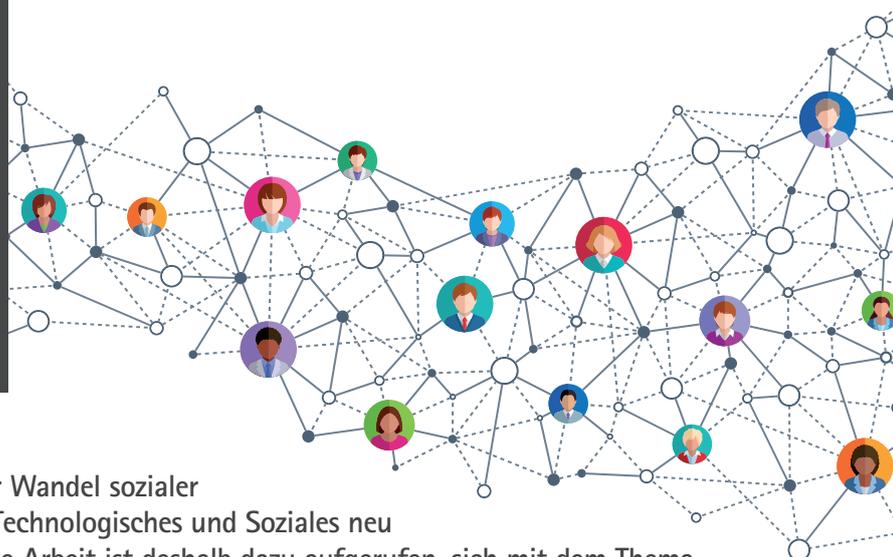
Bundesarbeitsgemeinschaft Begleitete Elternschaft: begleiteteelternschaft.de

Eringard Kaufmann, DSA,

Juristin, Supervisorin, geb. 1957, ehrenamtliche Leiterin der obds Fachgruppe Soziale Arbeit mit Menschen mit Behinderungen, Beiratsmitglied von knack:punkt - Selbstbestimmt Leben Salzburg mit den Schwerpunkten unsichtbare Behinderungen und Frauen mit Behinderungen. Jahrzehntelange berufliche Tätigkeit v.a. in der gesetzlichen Vertretung von Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretung in Österreich und international.

Positionspapier:

SOZIALE ARBEIT UND DIGITALISIERUNG



Mit Digitalisierung wird ein umfassender Wandel sozialer Systeme verbunden, der Ökonomisches, Technologisches und Soziales neu verbindet und zusammensetzt. Die Soziale Arbeit ist deshalb dazu aufgerufen, sich mit dem Thema in seiner Komplexität zu beschäftigen. Mit Digitalisierung wird eine Entwicklungsoffenheit sozialer Prozesse angesprochen, die keine starre und endgültige Position erlaubt, sondern offene und anpassungsfähige Strukturen bedingt. Da Digitalisierung die Lebenswelten der Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit und der sozial Arbeitenden durchdringt und sich bestehende soziale Fragen von Machtverhältnissen, sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe neu stellen, ist die Thematik in allen Bereichen der Sozialen Arbeit relevant. Sich einer Positionierung zu entziehen, ist nicht möglich. Auch Passivität und nichts tun, ist keine neutrale Position. Aus diesem Grund versteht sich dieses Positionspapier auch als prinzipiell offenes Diskussionspapier, das permanent weiterentwickelt wird.

7 THESEN

Soziale Arbeit nutzt die Digitalisierung, um an sozialen Fragen zu arbeiten

Soziale Fragen haben sich durch technologische Entwicklungen nicht grundlegend verändert, hingegen deren Erscheinungsformen und Bruchlinien. Der Auftrag der Sozialen Arbeit in der Bearbeitung dieser sozialen Fragen (wie Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Menschenrechte) bleibt jedoch bestehen. Die digitale Transformation ist vor diesem Hintergrund zu betrachten und auch zu nutzen. Soziale Arbeit bedient sich digitaler Technologien insbesondere dafür, Unterstützungspotenziale von und für ihre Adressatinnen und Adressaten zu nutzen und um Menschen unabhängiger werden zu lassen, auch von der Sozialen Arbeit. Wo sich durch digitale Technologien neue Teilhabechancen und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, sind diese zu ergreifen.

Soziale Arbeit befasst sich sowohl mit Vor- wie auch mit Nachteilen der Digitalisierung

Die digitale Transformation bietet Chancen und Risiken. Allerdings stehen hinter technologischen Entwicklungen oftmals politische und wirtschaftliche Interessen. Die Soziale Arbeit muss die Entwicklung kritisch auf Gewinnende und Verlierende, vorherrschende Interessen und Machtstrukturen hinterfragen. Sie darf die digitale Transformation dennoch nicht auf eine Herrschaftslogik reduzieren, sondern soll diese auch als kulturelle Praxis einer menschlichen medialen Selbstbefähigung verstehen und unterstützen. Es gilt, die Vorteile für die Ziele Sozialer Arbeit zu nutzen, Menschen bei ihrer Selbstverwirklichung zu unterstützen und zu verhindern, dass sie durch digitale Technologien eingeschränkt, gefährdet oder ausgeschlossen werden.

Soziale Arbeit pflegt einen sensiblen und bewussten Umgang mit Informationen und Daten

Digitalisierung bedeutet auch Akkumulation und die Verknüpfung von personenbezogenen Informationen und Daten. Soziale Arbeit ist oftmals mit Menschen in schwierigen Lebenssituationen befasst und erhält vertrauliche Informationen. Soziale Arbeit ist sich dessen bewusst und begegnet der Thematik wachsam und mit erhöhter Sensibilität, insbesondere im Bereich der digitalen Kommunikation mit verschiedenen

Anspruchsgruppen. Neu dabei ist, dass die digitalen Datenkörper als „erweiterte Körper“ durch Smartphones, Wearables usw. zum Individuum gehören. Diese Mensch-Medien-Kopplung sowie die Entwicklung u.a. prädiktiver Verfahren sowie der künstlichen Intelligenz wird damit auch zum Gegenstand der Sozialen Arbeit.

Soziale Arbeit ist aufgrund ihres komplexen Arbeitsfeldes prädestiniert und in der Pflicht, sich mit Fragen der Digitalisierung zu beschäftigen

Digitalisierung und sozialer Wandel lassen sich aufgrund der Verzahnung neuer Technologien mit Alltagspraxen nicht voneinander trennen. Da sozialer Wandel Gegenstand Sozialer Arbeit ist, geht sie von komplexen Frage- und Problemstellungen aus, die sie als wissenschaftliche Disziplin und Praxis inter- und transdisziplinär umfassend bearbeitet. Dadurch ist die Thematik der Digitalisierung in hohem Masse anschlussfähig an den fachlichen und theoretischen Diskurs Sozialer Arbeit sowie an methodische Diskurse in verschiedenen Handlungsfeldern. Die digitale Transformation soll vermehrt systematisch in theoretischen, empirischen, fachlichen und methodischen Diskursen der Sozialen Arbeit reflektiert werden.

Soziale Arbeit nutzt und schafft wissenschaftliche Grundlagen zu technologischem Wandel

Um technologischen Wandel in seinen sozialen Auswirkungen zu verstehen, soziale Fragestellungen und Probleme zu erkennen und eigenes Handeln zu begründen, muss Soziale Arbeit im Austausch mit der Praxis wissenschaftliche Beiträge zur Erforschung technologischen Wandels und seiner sozialen Auswirkungen leisten, Grundlagen aus den Bezugsdisziplinen nutzen und in Zusammenarbeit mit diesen weiterentwickeln.

Soziale Arbeit braucht einen kritischen Diskurs zu bestehenden Theorien, um zu prüfen, inwiefern sich digitale Transformation mit diesen beschreiben, erklären und beurteilen lässt

Die digitale Transformation verändert das menschliche Zusammenleben tiefgreifend. Neue Formen der Kommunikation, der Sozialisation und der Öffentlichkeit entstehen. Dies bleibt nicht ohne Auswirkung auf zentrale Theorien Sozialer Arbeit. Es braucht eine Überprüfung und ggf. Aktualisierung zentraler Theorien Sozialer Arbeit.

Soziale Arbeit behandelt Digitalisierung in ihren Aus- und Weiterbildungsgängen umfassend und erarbeitet mit der Praxis Qualitätsstandards sowie fachlich adäquate Methoden

Fragen der digitalen Transformation müssen fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung Sozialer Arbeit sein. Neben der Vermittlung medientheoretischer, medientechnischer Grundlagen und den Vor- und Nachteilen der Digitalisierung sind insbesondere auch Austauschmöglichkeiten zwischen Lehre, Forschung und Praxis anzustreben, um die Erfahrungen, Chancen und Herausforderungen zu reflektieren und Methoden weiter zu entwickeln.

www.sozialdigital.eu

Arbeitsgruppe:

Michael Doerk (Hochschule Luzern – Soziale Arbeit), Alois Huber (Fachhochschule Sankt Pölten, Soziale Arbeit), Monika Luginbühl (Höhere Fachschule BFF Bern, Sozialpädagogik), Sebastian Sierra-Barra (Evangelische Hochschule Berlin, Soziale Arbeit), Peter Stade (Hochschule Luzern – Soziale Arbeit), Olivier Steiner (Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit), Barbara Waldis (HES-SO Valais-Wallis, Institut Travail Social)



Verlängerung/Deregulierung der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) in Österreich

Eine Kindeswegleitung?

Text: Bericht von Maria Moritz und Hans Peter Radauer

Auf dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse in Österreich (Verfassungsänderung und de facto Außerkraftsetzung des Österreichischen Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes, B-KJHG/2013) durch die letzte ÖVP-FPÖ Regierung, ging von der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe des OBDS (Maria Moritz und Hans-Peter Radauer) die Initiative zu diesem Workshop im Rahmen der IFSW Europa Tagung in Wien aus.

Die 17 Workshop-Teilnehmer*innen aus Österreich und Deutschland wurden über den Umstand, dass die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ihr Vetorecht zu dieser Regierungsvorlage entgegen aller eingebrachter Expertise (u.a. Volksanwaltschaft, Kinder- und Jugendanwaltschaft – KiJA, Dachverband der Österreichischen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen - DÖJ, Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit – OBDS) leider nicht wahrgenommen hat, informiert.

Die Einschätzung des OBDS, dass die Vermeidung von Mehrkosten, welches das

B-KJHG-2013 (Begleitforschung, Evaluierung/ Berichterlegung der Länder, sowie einheitliche fachliche Standards der Gefährdungsabklärung) vorschreibt, ausschlaggebend für die Abschaffung des B-KJH-2013 waren, wurden dargelegt.

Der Umstand, dass der Text des (abzuschaffenden) B-KJHG-2013 Eingang in die Bund-Länder-Vereinbarung fand, wurde von uns als nicht

zielführend eingeschätzt. Durch zukünftige Anpassungen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung (und dessen Einstimmigkeitsprinzips) einerseits, aber dem Fehlen jedweder Sanktionsmöglichkeit im Falle eines Ausscherens eines Bundeslandes aus bundeseinheitlichen fachlichen Vorgaben andererseits, wird ein Alleingang in Richtung Unterschreitens der Mindeststandards eines Bundeslandes möglich gemacht.

Der „Knackpunkt“ der angeregten Diskussion im Workshop hinsichtlich der von uns angeregten Frage nach möglichen Vorteilen der Verlängerung der Kompetenzen (und der Gestaltung der Standards der Kinder- und Jugendhilfe) in Österreich, wurde aus unserer Sicht exemplarisch an einer Wortmeldung einer Teilnehmerin deutlich:

Es wurde erwähnt, dass in einem „ökonomisch kräftigen“ Bundesland durchaus die Möglichkeit bestehen könnte, dass vorbildliche Kinder- und Jugendhilfestrukturen errichtet werden könnten, welche tendenziell durch ein „starkes“ Bundesgesetz ver-/behindert werden.

Unsere Einschätzung hierzu, dass dieser grundsätzlich erfreuliche Umstand, auch auf dem Hintergrund der bisherigen Bundesgesetzgebung und entsprechender Ausführungsgesetze der Bundesländer möglich war, wurde weitgehend geteilt. Es ist davon auszugehen, dass gerade dieser Umstand (unterschiedlich hohe Fachlichkeitsstandards und mögliche Mehrkosten)

in einem Bundesland, einzelne Länder davon abhält, ein starkes Bundesgesetz zu befürworten, um eine mögliche „Nivellierung nach oben“ – also einer bundeseinheitlichen Qualitätsverbesserung der Kinder- und Jugendhilfe, verhindern zu können. Der Anspruch auf Gleichheit der Rechte von Kindern hinsichtlich der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Österreich, ist auf dem Hintergrund der bestehenden Regierungsvorlage (15a-Vereinbarung) schwächer denn je.

Die Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe des OBDS wird einen Textentwurf erarbeiten, welcher dem Vorstand des OBDS vorgelegt wird, um zu erwirken, dass ein B-KJHG wieder in Kraft gesetzt wird. Allen zukünftig im Parlament vertretenen Parteien soll diese Aufforderung zu einem parlamentarischen Initiativantrag übermittelt werden.

Maria Moritz und Hans-Peter Radauer

arbeiteten viele Jahre sehr engagiert in der Kinder- und Jugendhilfe, Maria in Wien, Hans-Peter in Salzburg. Beide äußerst engagierten Sozialarbeiter*innen prägten zudem viele Jahre sehr aktiv den OBDS.



Kinderarmut abschaffen

Ein Projekt der Volkshilfe

Text: Mag.ª (FH) Judith Ranftler, MA

Die Volkshilfe will Kinderarmut in Österreich abschaffen. Klingt utopisch – ist es aber nicht! Sie hat dafür ein **neues Modell** entwickelt, das bei Realisierung zu einem Ende der Kinderarmut in Österreich führt.

Über Generationen hindurch wachsen Kinder in Armut auf, um durch eingeschränkte Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten die armen und arbeitslosen Erwachsenen von morgen zu werden.

Das Projekt „Kinderarmut abschaffen“ verfolgt das Ziel, dass jedes Kind, unabhängig von der Einkommenssituation seiner Eltern, alle Chancen hat und Kinderarmut in Österreich abgeschafft wird.

Kinderzukunft sichern!

Das Volkshilfe-Modell sieht eine **Kind-bezogene Transferleistung** vor, auf das jedes Kind Anspruch haben soll: Die Kindergrundsicherung.

Alle Väter und alle Mütter, alle Großmütter und Großväter können sich sicher sein, dass auch dann, wenn sie durch einen Unfall oder Behinderung oder aus einem anderen Grund ihre Erwerbsarbeit verlieren sollten, sich ihr Kind oder ihr Enkelkind weiterhin durch gesicherte Teilhabe in den sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Dimensionen entwickeln kann.

Das Modell der Kindergrundsicherung.

Unsere politische Forderung ist simpel: Alle in Österreich lebenden Kinder erhalten bis zur Volljährigkeit eine vom Staat finanzierte Kindergrundsicherung. Deren Höhe leitet sich vom Referenzbudget der Schuldnerberatung ab und steigt, je geringer das Einkommen der Eltern ist. Grundsätzlich erhalten alle Kinder 200 Euro. Familienbeihilfe und Kinderabsetzbeitrag fallen dafür weg. Zusätzlich werden, je nach Einkommen der Familie, maximal 425 Euro pro Kind ausbezahlt. Bis 20.000 Euro Haushaltseinkommen gibt es die Kindergrundsicherung in voller Höhe. Danach folgt eine Einschleifregelung bis zu einer Obergrenze von 35.000 Euro.

Direktor Erich Fenninger, der das Modell entwickelt hat, sagt dazu: „Armut ist mehr als materielle Not. Armutsgefährdete Kinder sind in allen Lebensbereichen benachteiligt. Durch unser Modell kann die umfassende Teilhabe gesichert werden.“

Kinderarmut abzuschaffen ist keine Utopie!

Das europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung hat die Einführung der Kindergrundsicherung in Österreich nach dem Modell der Volkshilfe simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Treffsi-

cherheit beachtlich wäre: die Armutsgefährdungsrate der Gesamtbevölkerung würde sich um 3,5% verringern, jene der unter-18-Jährigen sogar um zwei Drittel. Die Mehrausgaben für dieses gesamtgesellschaftliche Modell der Kindergrundsicherung gegenüber dem Status quo an familienpolitischen Leistungen beträgt rund 2 Milliarden Euro jährlich.

Diese Berechnungen über die Wirksamkeit der Kindergrundsicherung sowie die Gesamtkosten bei bundesweiter Einführung zeigen: Die Abschaffung von Kinderarmut ist realistisch.

Wir nehmen die Zukunft vorweg.

Zur Untermauerung und Überprüfung unseres Modells haben wir mit der Umsetzung der Kindergrundsicherung begonnen: Eine armutsgefährdete Familie pro Bundesland erhält die Kindergrundsicherung durch die Volkshilfe. Das Ziel ist es, Kinder langfristig finanziell zu unterstützen, um Zugänge zu ermöglichen, die eine Teilhabe an Lernprozessen und ein gelingendes Leben in der Gegenwart sichern.

Das Projekt hat im Jänner gestartet und in der Reflexion mit den Familien zeigen sich schon nach wenigen Monaten substanzielle Veränderungen in der Lebenslage der Familien. Ein 14-jähriger Bub sagt beispielsweise:



Judith Ranftler ist Sozialarbeiterin und unterrichtet an der Fachhochschule Wien im Masterstudium für interkulturelle Kompetenz und interkulturelles Konfliktmanagement, hat Praxiserfahrungen mit Flüchtlingen im Kinderschutzsystem und ist Projektleiterin bei der Volkshilfe NGO für die Abschaffung Kinderarmut, Asyl und Integration.

„Wir lachen alle mehr. Wir sind einfach alle entspannter seit mehr Geld da ist.“

Die Eltern stellen die Veränderung bei kindbezogenen Ausgaben fest. Ein Vater beschreibt seine Situation so: „Jetzt konnte ich den Erlagschein für die Schulprojektstage einfach so auf einmal einzahlen – ohne irgendwo ein Ansuchen zu stellen. Das war wirklich ein super Gefühl.“

Judith Ranftler, Projektleiterin bei der Volkshilfe, meint dazu: „Die Lebenslage von Kindern erfährt durch die Kindergrundsicherung nicht nur auf materieller Ebene eine Verbesserung, sondern trägt insgesamt zu einem höheren Maß an Wohlbefinden bei. Sie stärkt das Selbstbewusstsein von Kindern und ist insbesondere auf sozialer Ebene, in der Entwicklung von Beziehungen, ein enormer Vorteil.“

Im Rahmen des Projektes werden sozialwissenschaftliche Befunde des Ausschlusses und der Wirksamkeit der Kindergrundsicherung im Hinblick auf Inklusion nachgewiesen. Die sozialwissenschaftliche Forschung wird von DDr. Nikolaus Dimmel begleitet. Die Ergebnisse werden regelmäßig veröffentlicht, das Symposium Kinderarmut der Volkshilfe bietet eine

Gelegenheit über die Erkenntnisse informiert zu werden:

Symposium
Kinderarmut & Kindergesundheit
22. Oktober 2019, 14.00-19.00 Uhr
Urania Wien

Anmeldungen bitte unter:
veranstaltungen@volkshilfe.at

Unsere Idee zeigt Wirkung.

Die Volkshilfe wird sich in den nächsten Jahren dafür engagieren, dass das

Modell einer Kindergrundsicherung durch zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit an Bedeutung gewinnt, die eine solche Kraft entwickeln wird, dass das vorgestellte Konzept im Parlament beschlossen wird.

Kontakt für weitere Informationen

Mag.a (FH) Judith Ranftler, MA
Mobil: +43 (0) 676 83 402 225
Email: judith.ranftler@volkshilfe.at



Jahreskonferenz am 21. November 2018

Gemeinsame Sozialpolitik in Europa?

Tagungsort
NÖ Landhaus
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

Informationen unter www.oeksa.at

Anmeldung erforderlich
Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit
Geigergasse 5-9, 1050 Wien
office@oeksa.at
Tel: 01-548 29 22
Fax: 01-545 01 33



WARUM GIBT ES EIN SOZIALES PROBLEM MIT EINWANDERUNG?

Anm.: Vorliegender Text ist auszugsweise verdichtet. Der gesamte Vortrag kann im Internet aufgerufen werden (siehe Editorial dieser Ausgabe). Die lebendigen Diskussion im Rahmen dieses Symposiums der Europatagung kann nur in der Fotodokumentation abgebildet werden. Jochen Prusa

Text: Symposium mit Input von Nikolaus Dimmel und Moderation Herbert Paulischin

Die folgenden Überlegungen beschränken sich auf die laufende Diskussion über die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen wir kritisch und konstruktiv über wahrnehmbare Aufgaben, Herausforderungen und Grenzen der Sozialen Arbeit im Umgang mit dem Thema Migration sprechen können. In den hier entwickelten Perspektiven wird Sozialarbeit als Instrument des Migrationsmanagements wahrgenommen, das in seinem dreifachen Mandat (Hilfe/Fürsprache, Kontrolle, Professionalität) verankert ist.

Adressaten der Sozialen Arbeit

Sozialarbeit mit Zuwanderern bedeutet in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit ihnen zusammenzuarbeiten:

- Flüchtlinge
- Mitglieder der ausländischen ArbeiterInnen
- EinwanderInnen aus früheren Kolonien
- Geringere Erwerbsbevölkerung der neuen EU-Mitgliedsstaaten ab 2005

Aus soziologischer Sicht umfasst die Einwanderung verschiedene soziale Schichten, mit unterschiedlichen, so-

gar konkurrierenden wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Die Zuwanderbevölkerung ist in jedem Fall heterogen.

Gegenüber der vorherrschenden rechtspopulistischen Erzählung, dass Einwanderung als Einwanderung von uneingeschränkten „Habenichtsen“ in die Sozialsysteme der EU-Mitgliedstaaten erfolgen könnte, ist genau das Gegenteil zu beobachten: Grundsätzlich können nur Menschen, die aus der Mittelschicht ihres Herkunftslandes stammen, Spenden sammeln, um die Flucht aus einem Kriegsgebiet, einer ökologischen Katastrophe oder einfach aus der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems zu organisieren. (...) Ein Asylverfahren muss jedoch auf einem Untersuchungsverfahren beruhen und eine Fallbewertung muss innerhalb eines Verwaltungsverfahrens erfolgen. Nur nach einem formellen Abschluss und positiver Entscheidung der zuständigen Behörde kann von einem formalen Flüchtlings-Status gesprochen werden. (...) Einerseits sehen wir nicht nur nach 2015/2016 eine Bevölkerung, die vor Bürgerkriegen in Syrien, Afghanistan oder im Irak flüchtet und behauptet, strafrechtlich verfolgt zu werden; andererseits eine wachsende Gruppe von MigrantInnen, insbesondere aus Afrika, die kaum eine Chance auf Asyl

gemäß der Genfer Konvention haben. (...)

(...) Migration eröffnet aber auch eine Perspektive der absoluten sozialen Aufwärtsmobilität und relativen sozialen Abwärtsmobilität. Es bietet die Möglichkeit, das Einkommen an die Herkunftsfamilie zu überweisen, ohne in die Gründung einer kleinbürgerlichen Existenz in der Aufnahmegesellschaft investieren zu müssen. Der Druck auf MigrantInnen steigt nach der Ankunft zudem, da die Chancen auf Beschäftigung bei weitem nicht so gut sind, wie erhofft. [vgl. Andrea di Nicola und Gianpaolo Musumeci in ihrer wegweisenden Arbeit zum Thema Menschenhandel („Confessioni di un Trafficante di Uomini“)] Migration ist somit äußerst riskant, weil Frauen zur Prostitution und Männer zum informellen Arbeitsmarkt gezwungen werden könnten. Migration ist teuer, weshalb Migration regelmäßig mit der Rückzahlung von Schulden an Schmuggler über Jahre verbunden ist. (...) Nicht nur Kapital, sondern auch „brain drain“ von mehrheitlich jungen, gebildeten Männern kann zu Produktivitätsverlust in der Herkunftsgesellschaft führen. (...) Der Exodus nach der Finanzkrise im Jahr 2008, die Rettung von Banken, institutioneller Investoren, Versicherungen und Spekulanten aller Art führte



zu einem Verlust von mehrsprachigen, überdurchschnittlich qualifizierten jungen Arbeitnehmern in Portugal (250.000), Spanien (350.000) oder Griechenland (450.000).

(...) Aus diesen Gründen müssen die EU-Mitgliedstaaten, die von den politischen Eliten bewusst als „Einwanderungsgesellschaften“ bezeichnet werden, planmäßig in EinwanderInnen investieren, ihre soziale Integration und Inklusion berücksichtigen, um sie zu einem Teil der produktiven Erwerbsbevölkerung zu machen. Daher ist Migration mehr denn je eine Frage des Migrationsmanagements. Ebenso ist Sozialarbeit keine „linke“, gesellschaftstransformierende Disziplin. Sie erfüllt vielmehr eine wirtschaftlich und sozial notwendige Aufgabe.

(...) Diese Aspekte ist aus Sicht des dreifachen Mandats der Sozialen Arbeit von wesentlicher Bedeutung. Die Unterscheidung zwischen Hilfe, sozialer Kontrolle und der Aufrechterhaltung professioneller Standards erfordert ein politisches Mandat, das sich als Menschenrechtsdisziplin darstellt. Dieses „politische“ Mandat konzentriert sich jedoch, wenn überhaupt, auf die Bedingungen, Anforderungen und Aufgaben der kapitalistischen Märkte. Vor allem Einwanderer werden aus Sicht der Reproduktion des kapitalis-

tischen Systems als Arbeitskräfte, Verbraucher, Steuerzahler und Sozialversicherer wahrgenommen.

Herausforderungen der Sozialen Arbeit

Wenn die Sozialarbeit ihr politisches Mandat betont, sollte sie das Thema Einwanderung in eine transformative, integrative Perspektive einbetten, die auch auf der Analyse von Ausbeutung, Vermarktung, Kommerzialisierung, Klasse und nicht nur von Rasse und Kultur basiert. Dies beinhaltet ein tiefes Verständnis der Gründe und Funktionen der Migration. (...) Die Sozialarbeit muss sich aber auch auf die Rückführung oder Rückwanderung vorbereiten. Wie die Praxis und das Verfahren der Rückkehrberatung zeigt, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialarbeit aus wirtschaftlicher Sicht für Flüchtlinge nach einem negativen Ergebnis des Asylverfahrens, die Rückkehrberatung zu eröffnen.

Einschränkungen der Sozialen Arbeit

Gleichzeitig stellen wir eine anspruchsvolle Herausforderung an die Ressourcen und Fähigkeiten der Sozialen Arbeit. An diesem Punkt können wir

funktionale Einschränkungen für die Steuerung der Einwanderung nicht nur im gegebenen Kontext moderner, neoliberaler Arbeitsmärkte erkennen. Unter ähnlichen Bedingungen geraten das Bildungssystem, das Gesundheitswesen, der Wohnungsmarkt und der Sozialstaat unter Druck. Es wurde bereits eine Trennlinie zwischen öffentlichen und privaten Schulen festgelegt, die über die soziale Auf- und Abwärtsmobilität entscheidet. In den meisten europäischen Mitgliedstaaten ist das Gesundheitssystem bereits auf die Grundversorgung beschränkt, während das Volumen der Selbstbehalte und die Anzahl der Dienstleistungs- und Leistungsausschlüsse zunehmen. Auf dem Wohnungsmarkt haben 40 Jahre der Expansion der kapitalistischen Akkumulation in neue Immobiliengebiete zusammen mit Privatisierungsmaßnahmen 25% der Bevölkerung ohne Zugang zu erschwinglichem Wohnraum gelassen. Der Wohlfahrtsstaat ist Schritt für Schritt geprägt von Leistungskürzungen und „Armenleistungen für die Armen“.

Dies sind die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit mit Zuwanderern geleistet werden muss. Aus der Perspektive der Sozialarbeit, die durch begrenzte Ressourcen und erfolgsab-



hängige Systeme in Dienstleistungsverträgen gekennzeichnet ist, zeichnen sich Machbarkeitsgrenzen ab. Diese sind von den Auswirkungen unberechenbarer Sparmaßnahmen und der umfassenden administrativen Ausrichtung auf disziplinarische soziale und restriktive Haushaltskontrolle betroffen. Diese Beschränkungen beruhen zum Teil auf objektiven Kriterien und zum Teil auf politischen Ermessensentscheidungen. Sie können nur beseitigt werden, wenn grundlegende politische Entscheidungen zur Umverteilung getroffen werden. Entsprechende politische Mehrheiten sind jedoch nicht in Sicht. (...)

Soziale Arbeit und die Ideologie des ‚Culture‘ in Migration

Im Gegensatz zu der Mainstream-Kultur des Gastlandes beobachten die

Medien oftmals Subkulturen von ImmigranteInnen, die regelmäßig durch Religion identifiziert werden, mit problematischen kulturellen Praktiken. Tatsache ist, dass Verhaltensmuster, die als „soziale Probleme“ im Zusammenhang mit Einwanderungsprozessen bezeichnet werden, regelmäßig durch kulturelle Unterschiede und religiöse Praktiken verursacht werden. Wenn es um die Religion und Migration geht, müssen wir verstehen, dass das Modell des europäischen Nationalstaates in seinem Kern böse, gottlos oder atheistisch ist. Religion greift auf die Zivilgesellschaft zurück, während der Staat ein technisches Regierungsinstrument ist. Grundrechte verankern das subjektive Recht religiös zu sein und religiöse Praktiken in der Rechtsform verschiedener religiöser Körperschaften und Kirchen auszu-

üben. Diese rechtfertigen keine Befreiung von staatsbürgerlichen Pflichten und Verpflichtungen in Bezug auf Schulbesuch, häusliche Gewalt oder Gewalt gegen Kinder. Ebenso wenig hat die Religionsfreiheit Vorrang vor den Rechten auf Gleichheit, Selbstbestimmung oder dem Recht, eine Familie nach eigenen Wünschen zu gründen.

Mit dieser Blickrichtung stellen wir ein grundlegendes Missverständnis im multikulturellen Diskurs und eine Herausforderung für die Sozialarbeit fest: Voraussetzung für die Sozialarbeit ist es, den kulturellen und ideologischen Hintergrund der KlientInnen zu verstehen. Das normative Ziel ist jedoch, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Bürger in der Lage sind, ein autonomes, selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in einem bestimmten Rahmen von Rechten und der Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Sektoren, zu leben.

Nikolaus Dimmel

Studium der Rechtswissenschaften, Politikwissenschaften, Kommunikationswissenschaften und Soziologie, Postgraduale Ausbildung Sozialmanagement. Leitung der Lehrgänge für Sozialmanagement und Migrationsmanagement an der Universität Salzburg, geschäftsführender Gesellschafter am Institut für Social Profit Management.

Rund 300 Publikationen und rund 200 Vorträge.

Bücher

Zusammengestellt von DSA Gabriele Hardwiger-Bartz



Ortwin Renn
Gefühlte Wahrheiten
Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung
2019, Verlag Barbara Budrich, 206 Seiten,
Euro 20,50

Wovor fürchten wir uns am meisten? Woher kommen unsere Ängste? Wie können wir individuell und kollektiv - besser damit umgehen? Und was wird mit unserer Gesellschaft, wenn die Angst zu mächtig wird? Populistische Strömungen gewinnen weltweit an Resonanz. Gleichzeitig wächst das Misstrauen in die Politik, deren Vertretern immer mehr die Fähigkeit zur Problemlösung abgesprochen wird. Die Fairness der Wirtschaft wird bezweifelt und die Unabhängigkeit der Wissenschaft in Frage gestellt. Der Soziologe und Risikoforscher Ortwin Renn führt diese Tendenzen auf eine allgemeine Verunsicherung zurück, die sich aus weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen und substantiellen Umbrüchen herleitet. Über vertiefende Einblicke in die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und in die intuitive Wahrnehmung von komplexen Zusammenhängen veranschaulicht der Autor Wege aus der Angst und der Verunsicherung. Zudem will Renn mit diesem Buch mehr Zutrauen in die eigene Gestaltungsfähigkeit bei der Bewältigung kollektiver Ängste wecken (Klappentext)

Prof. Dr. Dr. h. c. Ortwin Renn: wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), Professur für Umwelt- und Techniksoziologie, Universität Stuttgart

Selten werden komplexe Zusammenhänge so gut aufgebaut und nachvollziehbar dargestellt. Ausgehend von Betrachtungen über verschiedene Facetten von Wahrheit, wie diese wissenschaftlich zu erforschen ist, welche Hilfsmittel es dafür gibt, über die Kommunikation von Wahrheiten bis zur Darstellung diverser menschlicher und gesellschaftlicher Hindernisse, Wahrheiten aufzunehmen und sich damit auseinanderzusetzen. Vor allem solche, die nicht in die eigene Vorstellungswelt passen. In diesem Zusammenhang ist auch die

Darstellung von „Echoräumen“ total interessant. Überhaupt helfen gut nachvollziehbare Beispiele und die Erklärung von Fachbegriffen sehr, den Ausführungen zu folgen. Breiten Raum nehmen einerseits soziologische und psychologische Betrachtungsweisen ein (Reaktionen auf unsichere Verhältnisse, Bedürfnisse des Menschen sich sicher und bestätigt zu fühlen, das Bedürfnis nach eindeutigen Antworten...) und andererseits die Verunsicherung nach zahlreichen gesellschaftlichen und technischen Veränderungen insbesondere auch der Medienlandschaft. Wie kann sich einerseits der mündige Bürger, aber auch politische Entscheidungsträger korrekt und umfassend informieren und zu tragbaren Entscheidungen kommen - insbesondere bei komplexen Problemlagen, die sorgfältiges Abwägen erfordern? Darauf versucht der Autor Antworten zu finden, die sich zwar teilweise etwas anstrengend aber sinnvoll anhören. Abgerundet wird die Publikation durch zahlreiche weiterführende Fußnoten und der Angabe von weiterführender Literatur.



Frank Como-Zipfel, Iris Kohlfürst, Dieter Kulke
Welche Bedeutung hat Ethik für die Soziale Arbeit?
Eine Studie in der Reihe Soziale Arbeit Kontrovers, 21
2019, Lambertus, 64 Seiten, 7,50 Euro, ISBN 978-3-7841-3169-6
Artikelnummer SAK 21; auch als E-Book

Ethik spielt für das berufliche Verständnis von Fachkräften der Sozialen Arbeit eine entscheidende Rolle - dennoch gibt es immer wieder Skandale um Verstöße gegen ethische Prinzipien. Daher fragt die vorliegende Studie, was die Umsetzung ethischer Konzepte in der Praxis beeinflusst. Sie zeigt auf, wie Sozialarbeitende ihre Berufsethik bewerten, und was tatsächlich hilft, um dem menschenrechtlichen und professionellen Anspruch der Sozialen Arbeit gerecht zu werden. (Klappentext)
Die AutorInnen, Lehrende an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt bzw. an der Fach-

hochschule Linz haben die vorliegende Studie erstellt. Was ist Berufsethik, woran orientiert sich diese? Was bedeutet Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession? Und kümmert es die Sozialarbeitenden? An welchen Werten orientieren sie sich im beruflichen Alltag? Wenn es einen Leitfaden gibt - kann ein solcher einen individuellen sorgfältigen Abwägungsprozess im Einzelfall ersetzen? Die Autoren untersuchten, wie weit Ethik im Alltag von Sozialarbeitenden relevant ist bzw. wie verbreitet bzw. hilfreich institutionalisierte Formen von ethischen Reflexionen sind. Strukturelle Einflüsse aus Politik, Ökonomie und Öffentlichkeit, Organisatorisch-institutionelle und professionsspezifische Einflüsse wurden genauso betrachtet wie individuelle Einflüsse auf die Umsetzung von ethischem Handeln. In diesem schmalen Bändchen werden sehr wesentliche Aspekte von Ethik in der professionellen Sozialen Arbeit beleuchtet und es ist daher - gerade auch wegen der übersichtlichen und komprimierten Darstellung - sehr als Grundlage für die weitergehende Arbeit in der Aus- und Fortbildung geeignet.

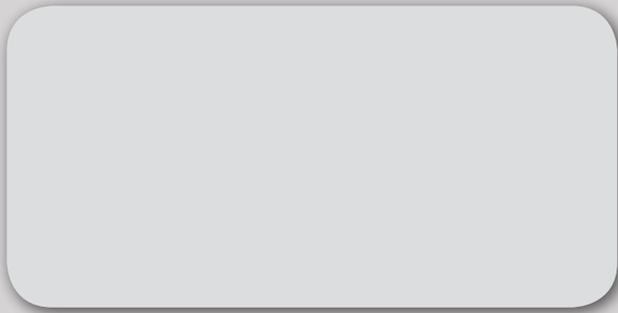
HINWEISE

Jan Volmer
Taktvolle Nähe
Vom Finden des angemessenen Abstand in pädagogischen Beziehungen
2019, Psychosozial Verlag, 284 Seiten,
Euro 30,80

Pamela Wersin, Susanne Schoppmann
Selbstverletzendes Verhalten: verstehen und begegnen
2019, Balance Buch und Medien Verlag,
112 Seiten, Euro 15,50

Claudia von Braunmühl, Heide Gerstenberger, Ralf Ptak, Christa Wichterich (Hrsg.)
ABC der globalen (Un)Ordnung | Von »Anthropozän« bis »Zivilgesellschaft«
In Kooperation mit Friedrich-Ebert-Stiftung, taz und Wissenschaftlichem Beirat von Attac
2019, VSA Verlag, 272 Seiten, 12,40 Euro

Kerstin Kammerer, Katrin Falk
Wege in die Psychotherapie
Barrieren und Zugänge für ältere Menschen mit Depressionen
2019, Psychosozial Verlag, 218 Seiten, Euro 23,60



Fortbildungslehrgänge von ASYS starten 2020

ASYS bietet ab 23.01.2020 wieder ein berufsbegleitendes Aus- und Weiterbildungsprogramm mit drei unterschiedlichen Abschlüssen:

Systemisch denken, handeln und beraten

**Akademische/r systemische/r Supervisor/-in
und Coach**

MSc Systemische Supervision & Coaching

www.asys.ac.at

Ausbildungsberatung & Lehrgangleitung:
DSA Mag. (FH) Klaus Wögerer, 0650 8003053, klaus.woegerer@asy.ac.at

